Widerstand und Resistenz im ehemaligen Bezirk Stockach während des Nationalsozialismus (1933–1940)

Von Manfred Bosch, Rheinfelden

Einführung:

Provinz – oder neutraler: – die Region war noch vor wenigen Jahren kein Aspekt für die zeitgeschichtliche Erforschung und Darstellung von Widerstand und Verfolgung. Im Gegenteil: bis weit in die 60er Jahre herrschte in der zeitgeschichtlichen Forschung die Tendenz vor, den Nationalsozialismus vornehmlich aus der Perspektive seiner Machtzentren und -eliten darzustellen, wodurch der Vorstellung einer ehernen Herrschaft[1] Vorschub geleistet wurde, unter der eigenverantwortetes politisches Handeln kaum mehr möglich und Opposition, gar politischer Widerstand im wesentlichen auf Ballungsgebiete und größere Städte beschränkt schienen.

Diese scheinbare Unentrinnbarkeit totalitärer Herrschaft als ein Ergebnis des eigenen – beschränkten – Forschungsansatzes zu erkennen, gelang erst in dem Maße, wie nicht mehr allein nach dem Entscheiden und Handeln an der Spitze, sondern nach dem Geschehen in der Breite gefragt wurde, wie nicht mehr nur die Schauseiten und das Spektakuläre im Vordergrund standen, sondern der Alltag. Dieser neue Blick auf das Geschehen in der Breite, auf den Alltag schlossen nicht zuletzt auch die Provinz mit ein, die zuvor allenfalls als Aufmarschgebiet des Nationalsozialismus, als Rekrutierungsbasis für nazistische Stimmen und Kader erschienen war. Inzwischen jedoch beginnt das Bild der Region im Nationalsozialismus differenzierter zu werden; insbesondere hat der 50. Jahrestag der »Machtergreifung« eine Fülle regionaler und lokaler Darstellungen hervorgebracht, die an Beispielen belegen, wie der Nationalsozialismus das Leben der Menschen verändert hat. Welcher Traditionen er sich bei seiner Durchsetzung und Stabilisierung bediente, welche Hoffnungen und Befürchtungen an ihn geknüpft waren, auf welche Loyalität sich das System dabei stützen konnte und welche Widerstände er dabei brechen mußte – dies sind nur einige der Fragen, die mit diesem neuen Ansatz verbunden sind. Unübersehbar ist, daß es hier nicht mehr nur um Fragen und Aspekte der Durchsetzung und Befestigung totalitärer Macht geht, sondern ebenso um ihre Begrenzung durch weltanschauliche wie politische Resistenz, durch soziale Immunität oder Widerstände vielfältigster Art.

Nur durch eine solche realitätsgerechtere Fragestellung gelingt es auch, das »klassische« Begriffspaar Widerstand und Verfolgung aus seiner weithin beobachtbaren »monumentalistischen Erstarrung[2]« zu lösen, in die es durch eine vorwiegend moralische Darstellung bzw. legitimatorische Einbindung geraten ist. Diese haben auch an der Vorstellung mitgewirkt, gegenüber der nahezu perfekten NS-Herrschaft habe es im wesentlichen nur Anpassung oder alles riskierende Märtyrerschaft gegeben. Hier vermögen gerade Alltag und Region zu belegen, daß damit die Reaktionsweisen in Bezug auf das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus unzulässig eingeengt und Widerstand selbst idealisiert bzw. heroisiert wurde. Gerade das Alltagsverhalten nicht zuletzt in der Region bietet demgegenüber ein reich facettiertes Bild, das weltanschauliche Resistenz ganzer Bevölkerungsgruppen und Immunität großer Teile der Arbeiterschaft ebenso umfaßt wie individuelle Konzessionslosigkeit oder organisierten politischen Widerstand. Damit wird einer geschichtlichen Erfahrungsbildung der Weg geebnet, die an die Stelle rigoroser Gesinnungsethik ein realistisches Erkennen historischer und sozialer Möglichkeiten setzt.

Vor diesem Hintergrund mag es sinnvoll sein, einen im Kreisarchiv Konstanz verwahrten

[1] Vgl. Martin Broszat, Vorwort. In: Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. Hg. von M. Broszat, E. Fröhlich, F. Wiesemann, München/Wien 1977, Seite 11.

[2] Dieses wie das folgende nach Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojektes. In: Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Hg. von Martin Broszat, E. Fröhlich, Anton Grossmann, München/Wien 1981, Seite 692.

Bestand von Schutzhaft- und anderen Akten[3], die das Gebiet des früheren Bezirksamtes Stockach[4] betreffen, für eine dokumentarische Darstellung des Nationalsozialismus in einem begrenzten und klar überschaubaren Raum heranzuziehen. Die in diesem Material offenkundig werdenden Konflikte erlauben ein vielfältiges Bild der Spannungen und Widerstände, auf die die NS-Herrschaft bei ihren totalitären Mobilisierungsversuchen stieß und die die mentale Gleichschaltung der Nationalsozialisten vielfach begrenzten. Dabei ist dieses Bild umso eindrucksvoller, als die im Anhang abgedruckten Dokumente mitunter recht ausführliche Beschreibungen enthalten und auch Zeugnisse umfassen, die aus der Sicht Betroffener abgefaßt sind. So erhält diese Darstellung neben der wirkungsgeschichtlichen auch eine sozialgeschichtliche Note.

Eine der wichtigsten Einschränkungen des verwendeten Materials liegt darin, daß es sich zeitlich auf die Jahre 1933–1940 beschränkt. Es handelt sich im wesentlichen um *Schutzhaftakten* (a) und Akten *unterer Verwaltungs- und Parteistellen* (b). Je nach der Art und Schwere eines Deliktes ergaben sich Anklagen vor dem *Sondergericht* (c), die jedoch in unserer Provenienz nicht im Original vorliegen, deren Urteil aber, soweit eruierbar, in Anmerkungen nachgetragen wurde.

a) Die *Schutzhaft* gab es bereits vor 1933, massenhafte Anwendung fand diese Präventivhaft jedoch erst im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen vom 5. März 1933 und in den folgenden Wochen, als sie der gezielten und systematischen Ausschaltung der politischen Gegner des Nationalsozialismus dienstbar gemacht wurde. Grundlage dieser Praxis war die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933, die einen Tag nach dem Reichstagsbrand erlassen wurde. Die Wucht dieser Verordnung richtete sich vor allem gegen die politische Linke, deren Anhänger und Funktionäre zu zehntausenden in die bald überfüllten Gefängnisse kamen. Für die länger Festzuhaltenden wurden sog. Schutzhaft- oder Konzentrationslager errichtet; die für die Schutzhäftlinge des Amtsbezirks Stockach zuständigen Lager waren Ankenbuck[5] bei Bad Dürrheim (2. Mai 1933 bis Frühjahr 1934) und Kislau bei Mingolsheim (April 1933–1940).

b) Bestimmte Konflikte wurden, wie unser Material belegt, *im Vorfeld »offizieller« Strafverfolgung* geregelt. Dabei handelte es sich meist um bäuerliche »Delinquenten«, denen gegenüber der Nationalsozialismus oft zu einer gewissen Zurückhaltung gezwungen war. Zwar hatte der Nationalsozialismus insbesondere in den evangelischen landwirtschaftlichen Gebieten eine seiner Hauptstützen gehabt, zwar war bäuerliches Verhalten auch von einem antirepublikanischen Ressentiment durchsetzt, auf das sich der Nazismus bei seiner Agitation hatte stützen können – aber ohne Respektierung bestimmter Traditionen und eines tiefverwurzelten Antimodernismus konnte sich auch der Nationalsozialismus nicht der Loyalität der bäuerlichen Bevölkerung versichern.

Bäuerlicher Realsinn unterlief vielfach auch die Mobilisierungsversuche der Nazis, deren oft schlechtverhüllte Arroganz und deren Pathos ihnen zuwider war. Und schließlich ergaben sich mit der Kriegsbewirtschaftung der Landwirtschaft nachhaltige und lang andauernde Konfliktquellen, die sich in spontanen Unmutsäußerungen ebenso entluden wie in zahllosen Versu-

[3] Schutzhaftakten des Bezirksamtes Stockach im Archiv des LRA Konstanz, ohne Signatur. Für die Einsicht in diese Akten bin ich Dr. Franz Götz, Kreisarchiv Konstanz, zu Dank verpflichtet.

[4] Zugrundegelegt wurden die Grenzen des ehemaligen Kreises Stockach, wie sie bei der Auflösung Ende 1972 bestanden haben. Dabei werden Orte auch dann berücksichtigt, wenn ein Fall vor der Eingemeindung in den Landkreis lag. (Dies betrifft etwa diejenigen Orte, die erst 1936 Stockach zugeschlagen wurden). Richtschnur für den Einzelfall bleibt die Ortsbeschreibung des Landkreises Stockach, die Franz Götz in »Amtsbezirke und Kreise im badischen Bodenseegebiet«, Singen 1971, erarbeitet hat.

[5] Zum Konzentrationslager Ankenbuck vgl. Manfred Bosch, Vom Gemeinnutz zum Unrecht. Der Ankenbuck – ein Paradigma. In: Allmende, eine alemannische Zeitschrift 1983 H. 1. – Eine Einbeziehung des Konzentrationslagers Heuberg, – das obwohl Ende 1933 bereits wieder geschlossen – durch die Aufhebung des Bezirksamtes Meßkirch theoretisch in den »Zuständigkeitsbereich« unseres Untersuchungsgebietes fallen würde, wurde unterlassen, weil dadurch der Rahmen dieser Darstellung gesprengt worden wäre. Es sei in diesem Zusammenhang auf Julius Schätzle, Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933–1945, Frankfurt 1974, insbes. die Seiten 15–25 verwiesen.

chen, sich über Höchstpreis- und Anbauvorschriften oder Schwarzschlachtverbote hinwegzusetzen. Hier bedeutet die rudimentäre Aktenüberlieferung (bis 1940) eine schwerwiegende Einbuße.

c) Unter Sondergerichten schließlich ist eine »neue Form politischer Schnelljustiz ohne Revisionsmöglichkeit und mit verkürzten Rechtsmitteln für die Angeklagten[6]« zu verstehen, die außerhalb der öffentlichen Gerichtsbarkeit stand und wie die Schutzhaft auf die »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 zurückging. Der Sitz des Badischen Sondergerichts war Mannheim. Verhandelt wurden dort fast ausschließlich politische Delikte, wie sie in der Reichspräsidentenverordnung als Hochverrat, Landfriedensbruch oder Aufruhr usw. beziehungsweise in den Heimtückegesetzen vom 21. März 1933 und vom 20. Dezember 1934 festgelegt waren. Funktion und Art der Sondergerichtsjustiz machten diese zu einer dauerhaften Einrichtung zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung, aber auch zu einem Terrorinstrument zur Ausschaltung des Widerstands wie zur Sicherung der nazistischen Herrschaft.

Innerhalb der Gesamtheit der strafverfolgten bzw. bekanntgewordenen Oppositionsfälle lassen sich drei Hauptgruppen unterscheiden: solche, die die Arbeiterschaft, die Bauern und Einzelpersonen betreffen. Zunächst sollen in knappen Exkursen gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Grundsätzliches zu Umfang und Charakter des Oppositionsverhaltens für jede dieser Kategorien dargestellt werden, wobei der Widerstand des Einzelnen am Beispiel des katholischen Klerus behandelt werden wird. Hierauf folgt eine chronologisch-tabellarische Auflistung aller mir bekanntgewordenen Oppositionsfälle für den angegebenen Raum in stark schematisierter Form (»Oppositionsprofil«); und schließlich sollen repräsentativ ausgewählte Vorgänge exemplarisch die Konflikte auch dokumentarisch belegen.

Zuvor jedoch sei noch kurz auf das Problem der Wertung bzw. Interpretation eingegangen. Was sowohl in den Dokumenten wie im »Oppositionsprofil« zitiert wird, stellt in der Regel ein kleines, aus dem Zusammenhang herausgelöstes, zudem noch durch die Perspektive nationalsozialistischer Strafverfolgungsbehörden gefiltertes Moment einer ganzen Biographie dar. Mitunter ist nicht einmal der Zusammenhang einer bestimmten entscheidenden Situation bekannt. Deshalb ist bei der Beurteilung von Einzelfällen Vorsicht am Platze: scheint hier eine Äußerung – etwa aus momentaner Verärgerung – einen Grad der NS-Gegnerschaft wiederzuspiegeln, der ihr in Wirklichkeit nicht zukommt, so ist es im nächsten Fall die scheinbare Unbedarftheit eines Verhaltens, das nichts mehr von der Ernsthaftigkeit erkennen läßt, mit der sich der Betreffende mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat. Solche Umstände mögen bei der Lektüre stets mitbedacht werden.

Bei den Namen der Betroffenen wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen behutsame Anonymisierungen vorgenommen. Wo es sich um Personen handelt, die bei weiter Auslegung als solche des öffentlichen Interesses gelten können, wurde hiervon abgesehen. Die Dokumente im Anhang sind originalgetreu wiedergegeben. Stillschweigend wurden Verbesserungen dort vorgenommen, wo es sich ersichtlich um Flüchtigkeitsfehler oder untypische Fehler handelt. Beibehalten wurden jedoch Eigentümlichkeiten der Schreibweise und bei Abkürzungen (z. B. »K.P.D.« oder »N.S.D.A.P.«) sowie Fehler überall dort, wo diese als Hinweise auf Zeitatmosphäre, Situation, Bildungssituation usw. gelten können.

Widerstand in der Arbeiterbewegung

Unter allen sozialen Schichten fand der Nationalsozialismus in der Arbeiterschaft den relativ entschiedensten Widerstand. Während für die sozialen Mittelschichten ein hoher Anpassungsdruck bestimmend war, der der Ausbildung von Nonkonformismus oder gar oppositionell-distanziertem Verhalten wenig Chancen ließ, ergaben sich zwischen Arbeiterschaft und Nationalsozialismus grundlegende Konflikte, hatte letzterer doch Forderungen der Arbeiter-

[6] Zit. nach Peter Hüttenberger, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939. In: Bayern in der NS-Zeit IV, wie vor, Seite 436.

schaft in demagogischer Absicht aufgenommen (National »sozialismus«), die er in Wirklichkeit abzubauen ausgezogen war. So richtete sich auch die ganze Wucht des nationalsozialistischen Terrors zunächst auf die Arbeiterbewegung.

Die Stärke der Arbeiterbewegung im Bezirk Stockach läßt sich nur schwer abschätzen. Die Wahlergebnisse[7] bieten hierfür nur einen unsicheren Anhaltspunkt. Insbesondere trifft dies auf die kommunistische Bewegung zu, deren gegen Ende der Weimarer Republik regelmäßig höherer Wählerstimmenanteil – verglichen mit der SPD – auf einen hohen Anteil an Protestwählern zurückzuführen sein dürfte. Für diese Wähler war weniger ein prinzipielles Einverständnis mit der politischen Programmatik der KPD maßgebend als vielmehr die eigene wirtschaftliche und soziale Situation, verbunden mit einigem Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Demokratie und der sie repräsentierenden Parteien. Dafür spricht nicht zuletzt die Existenz massiver sozialer und wirtschaftlicher Problemzonen und -gemeinden wie Zoznegg oder Zizenhausen, in denen soziale Unterschichten (Landarbeiter, proletarisierte halbbäuerliche Existenzen und Arbeitslose) deutlich ausgebildet und kommunistische Wählersympathien relativ verbreitet waren. Einen Stamm überzeugter Kommunisten, die sich auch theoretisch mit Programm und Ideenwelt des Marxismus auseinandergesetzt hatten, dürften nur sehr wenige Orte im Bezirk aufzuweisen gehabt haben. Auch in Stockach selbst wird dieser Kreis nicht groß gewesen sein.

Für die SPD lassen sich nähere Angaben über Mitgliederstärken anhand der Rechenschaftsberichte der Partei[8] machen. Danach wies der »Agitationsbezirk Stockach« 1926 bzw. 1928 nicht mehr als 17 bzw. 20 Mitglieder auf. Eine Erklärung für diese auf den ersten Blick erstaunlich schwache Position der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung mag darin liegen, daß die SPD im Reich bis 1930 und in Baden bis 1932 in den Regierungskoalitionen vertreten war, sie also als politische Alternative gegenüber den für die desolate wirtschaftliche Lage verantwortlich gemachten Parteien ausschied.

Daß innerhalb unseres Dokumentenbestandes die Opposition kommunistischer Provenienz ganz deutlich dominiert, hat jedoch vorwiegend in der kommunistischen Bewegung und Politik selbst liegende Gründe. Während die SPD ebenfalls zur Wachsamkeit gegenüber dem Nationalsozialismus aufrief, jedoch aus einem parlamentarisch verengten Blickwinkel heraus in der Mobilisierung ihrer Mitgliederbasis versagte, hatte die KPD in fataler Fehleinschätzung der staatstragenden SPD (»Sozialfaschisten«) wie des Nationalsozialismus bereits die Endphase der Weimarer Republik für faschistisch erklärt, so daß der Nationalsozialismus weniger als neue Herrschaftsform denn vielmehr als graduelle Steigerungsform des bereits bestehenden »kapitalistischen Terrors« erschien. Nun, nach der Macht»ergreifung« der Nationalsozialisten, sollte der Kampf gegen sie verstärkt und unter illegalen Bedingungen fortgeführt werden. Zu diesem Optimismus, teilweise gepaart mit einer Art revolutionärer Endzeiterwartung, hatte der Ausgang einiger Wahlen beigetragen; insbesondere konnte sich die KPD auf Reichsebene in den Wahlen vom 6. November 1932 als »eigentlicher Sieger« sehen, nachdem NSDAP und SPD zum Teil erhebliche Einbußen erlitten hatten und die KPD zur drittstärksten Partei geworden war. So waren die Kommunisten in ihrer Mehrzahl auch noch nach der Macht»ergreifung« davon überzeugt, daß sich der Nationalsozialismus höchstens einige Monate halten

[7] Bei den Wahlen schnitten die Parteien im Bezirk Stockach wie folgt ab:

	31. Juli 1932	6. November 1932	5. März 1933
NSDAP	2289	2594	5110
SPD	517	482	462
KPD	952	1143	896
Zentrum	3787	3498	3548
Kampffront (DNVP)	196	204	280
Dt. Volkspartei	102	113	159

[8] Vgl. Jörg Schadt/Michael Caroli (Hrsg.), Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932. Stuttgart 1977, Seiten 105 und 157.

konnte – dann sollte ihnen selbst die politische Macht wie eine reife Frucht in den Schoß fallen.

Bereits vor 1933 hatten sich die Kommunisten im Bezirk Stockach vernehmlich gegen Nazi-Versammlungen und nazistische Propagandaveranstaltungen gewandt[9] und auch am 31. Januar 1933 hatten sie spontan auf dem Stockacher Marktplatz gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler demonstriert, wobei der Führer der Stockacher Kommunisten, August Schmidt, eine Rede hielt, »in welcher er die faschistische Regierung heftig bekämpfte und zum äußersten Kampf gegen diese Regierung aufforderte[10]«. Nun versuchte die kommunistische Reichsführung, die Partei in die Illegalität überzuführen und ein politisches Konzept zu verwirklichen, das unter Mobilisierung aller Kräfte die Organisierung einer »Massenbasis« zum »Sturz des Faschismus« vorsah.

Zuvor freilich hatte das Badische Bezirksamt Stockach auf einen Funkspruch vom 3. März hin 7 Funktionäre[11] der KPD aus Stockach, Nenzingen und Zizenhausen in Schutzhaft genommen, wobei der Kreis der Inhaftierten erklärtermaßen etwas weiter gezogen und die Haft selbst über die angegebene Frist hinaus ausgedehnt wurde, »weil wir auf diese Weise einen ruhigeren Verlauf der am 4. dieses Monats Abends 8 Uhr seitens der N.S.D.A.P. in Aussicht genommenen öffentlichen Kundgebung mit Umzug erwarten[12]«. Dieser Tatbestand ist es wert, kritisch vermerkt zu werden: da machte sich eine demokratisch legitimierte Instanz der Kreisverwaltung zum Handlanger nationalsozialistischer Interessen und sorgte mit der Verhaftung politischer Gegner für einen reibungslosen Ablauf einer NS-Einschüchterungsveranstaltung im Vorfeld entscheidender, im Wortsinn schicksalsentscheidender Wahlen, die im Übrigen von den Nationalsozialisten zu terroristischen Auftritten genutzt wurden. Dasselbe ließ sich auf höherer Ebene beobachten: da das badische Innenministerium als für das Polizeiwesen zuständige Behörde erst am 8. März 1933 von Robert Wagner übernommen wurde, stammen die Schutzhaftbefehle noch von der rechtmäßigen, vom Zentrum angeführten Regierung – beredtes Zeugnis für den schleichenden Verfallsprozeß der rechtsstaatlichen Ordnung in der Schlußphase der Weimarer Republik, wie er durch die präsidialautoritären Kabinette eingeleitet worden war. Die Freilassung von vier der sieben Schutzhäftlinge, die nicht im engeren Sinne dem Führungskader der KPD zugerechnet wurden, stellte das Bezirksamt für den Tag nach den Wahlen in Aussicht, wenn diese ruhig verlaufen sollten[13]. Diese Ruhe herrschte nicht zuletzt dank gezielter Einschüchterung und geplanter Behinderung des politischen Gegners[14] – nur sie war imstande, den Nationalsozialisten ihren hohen, wenngleich am erklärten Ziel der absoluten Mehrheit klar scheiternden Wahlsieg zu sichern.

Gleichzeitig mit den Verhaftungen hatte eine Welle von Hausdurchsuchungen eingesetzt, die bei einem der Stockacher Schutzhäftlinge den Vervielfältigungsapparat der KPD-Ortsgruppe Stockach zutage förderte. Erneut wurden dann, diesmal größtenteils unter nationalsozialistischer Federführung, am 10., 11. und 12. März Kommunisten aus Stockach, Nenzingen, Zoznegg, Zizenhausen und Ludwigshafen mit der Begründung möglicher »Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit« festgenommen.

Trotz des bald auf die ersten Verhaftungswellen erfolgten Verbots[15] der KPD und ihrer Un-

[9] So etwa am 28. Juli 1931 in Stockach und Wahlwies.

[10] Der Gendarmeriekommissär Stockach am 25. April 1933 an das Bezirksamt Stockach. In: Schutzhaftakten Bezirk Stockach, laufende Nummer 35.

[11] In einem Schreiben des Bezirksamtes vom 5. März 1933 ist von acht Schutzhäftlingen die Rede.

[12] Das Bezirksamt Stockach am 5. März 1933 an den Minister des Innern in Karlsruhe. In: Schutzhaftakten Bezirk Stockach, Faszikel 63.

[13] Dennoch waren in der Nacht vom 4./5. März 1933 in Zizenhausen von unbekannter Hand kommunistische Flugzettel angeklebt und verteilt worden.

[14] Zu ihrer Herstellung diente auch ein Kommando von 24 Mann der Polizeibereitschaft Waldshut.

[15] Das formale Verbot erfolgte aufgrund einer badischen Sonderentwicklung widersprüchlich; faktisch jedoch befand sich die KPD bereits mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, spätestens mit den Wahlen zum 5. März 1933 in der Illegalität.

terorganisationen versuchten die Kommunisten auch im Bezirk Stockach, ihre Partei unter den Bedingungen der Illegalität weiterzuführen und den Zusammenhalt untereinander zu wahren. So geht aus den überlieferten Akten das Kassieren von Mitgliedsbeiträgen hervor; inwieweit auch illegale Schriften und Flugblätter an die Mitglieder im Untergrund gelangt sind, muß Spekulation bleiben. Hingegen scheint der Herstellung eigener Flugblätter wie dem Druck der bis 1933 erschienenen KPD-Ortszeitung von Stockach durch die Beschlagnahme des genannten Verfielfältigungsapparates ein Riegel vorgeschoben worden zu sein. Ein anderes Element der Belebung der kommunistischen Szene dürfte jedoch das Erscheinen von Notstandsarbeitern aus dem nordbadischen Industrieraum bei Ludwigshafen am See dargestellt haben; zumindest haben NS-Stellen und Gendarmerieposten möglichen Verbindungen zwischen der Bevölkerung und oftmals kommunistischen oder kommunistenfreundlichen Arbeitern eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Auch dürften illegale Druckschriftentransporte und sonstige Kurierdienste zumindest einige Zeit lang eine gewisse Bedeutung innerhalb der illegalen Aktivität gehabt haben. Von spärlichen Hinweisen abgesehen[16], gibt es hier meines Wissens jedoch bislang weder genauere Untersuchungen noch Aussagen von Zeitzeugen. Aufgrund der besonderen Struktur[17] der KPD und ihrer relativen Schwäche im Bezirk Stockach ist jedoch von einem besonders lebhaften Widerstand in diesem Gebiet nicht auszugehen, zumal die hierarchische Gliederung des illegalen Organisationsapparates die konspirative Arbeit überaus gefährdet und sie dem Zugriff der Gestapo geöffnet hat[18]. Verhaftungen auf der einen und die Wiedereingliederung der oftmals arbeitslosen Kommunisten in den Arbeitsprozeß bzw. Einberufungen in Reichsarbeitsdienst und Reichswehr auf der anderen Seite dürften einer eigentlichen Widerstandstätigkeit ohnehin sehr bald den Boden entzogen und die gegenseitigen Kontakte auf vertrauliche Aussprache und politische Diskussionen beschränkt haben. Was bestehen blieb, war vielfach eine erstaunliche Protestbereitschaft, die Einzelne immer wieder den NS- und strafverfolgenden Behörden ausgesetzt hat.

Neben der Anzahl kommunistischer Fälle verschwindet die sozialdemokratischer fast vollends. Diese Tatsache hat weniger die Stärke der regionalen Sozialdemokratie betreffende Gründe als vielmehr allgemeine; erkennbar wird hinter dem genannten Umstand eine grundsätzlich andere Situation der Partei. Im Gegensatz zur KPD war die SPD auf die Illegalität nicht vorbereitet. Sie hatte 1918/19 bedeutenden Anteil an der Gründung und am Aufbau der ersten deutschen Demokratie gehabt und sich – in Baden fast noch mehr als im Reich – als staatstragend verstanden, als Garant der republikanischen Verfassungsmäßigkeit, die es mit vornehmlich parlamentarischen Mitteln zu verteidigen galt. Diese Fixierung auf den parlamentarischen Weg einerseits, die Unschlüssigkeit der SPD-Führung über das künftige Verhalten im NS-Staat andererseits lähmte die Aktionsbereitschaft eines Großteils der kampfbereiten SPD-Basis und ließ viele Parteianhänger resignieren. Zusätzlich verunsicherte der nach der Macht-»ergreifung« eingetretene Zustand trügerischer Legalität die Mitglieder. Noch bevor die Partei am 22. Juni 1933 endgültig verboten wurde[19], hatten die Kontroversen im Parteivorstand um den künftigen Kurs zum Beschluß eines Exil-Parteivorstands in Prag geführt, der die Kontinuität der Partei zu wahren und den Widerstand im Innern des Reiches anzuführen bzw. zu organisieren hatte. Dieses Widerstandskonzept, das dem Begriff der »Wahrheitsoffensive« zufolge vor allem eine Aufklärung der Deutschen über den diktatorischen und inhumanen Charakter des NS-Regimes von außen bezweckte und das sich hierzu eines eigenen Grenzstellennetzes bediente, verzichtete auf eine eigentliche Weiterführung der Partei und vermied so das Risiko

[16] So z. B. bei Hans Teubner, Exilland Schweiz 1933–1945, Frankfurt 1975, Seite 30.

[17] So wurde für 1930 ein Arbeitslosenanteil von 40% unter den KPD-Mitgliedern errechnet!

[18] So wurde zum Beispiel im Dezember 1933 der für die Kassierung von Mitgliedsbeiträgen zuständige Stockacher Kommunist gefaßt. Vgl. den Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe für die Zeit vom 9.–15. Dezember 1933, abgedruckt in: Jörg Schadt (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, Stuttgart 1976, Seite 61.

[19] In Baden wurde die SPD aufgrund des Attentats eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten auf zwei Polizisten, durch die er sich bedroht fühlte, bereits Mitte März 1933 verboten.

einer massenhaften Gefährdung der eigenen Anhänger. Was statt dessen zum Tragen kam, waren die traditionellen Bindungen unter den Sozialdemokraten selbst, die sich in vielerlei Form ausdrückten und gerade auch in einer eher unpolitischen Ausprägung oft durch die ganze Zeit des »Dritten Reiches« hindurch intakt blieben. Aus diesen Gründen sind auch insgesamt sehr wenige Sozialdemokraten im Bezirk Stockach den NS-Stellen »aufgefallen«; nur hin und wieder bei Durchsuchungen zum Vorschein gekommene Mitgliedsbücher oder Reichsbanner-Ausrüstungsgegenstände erinnerten an die ehemalige Wehrhaftigkeit der Partei und ihrer Republikschutzverbände. Doch der Druck des totalitären NS-Regimes richtete sich nicht nur gegen die politischen Parteien der Arbeiterbewegung, sondern gegen deren gesamte Organisations- und Vereinsstruktur, angefangen bei den Arbeitersportvereinen über die Arbeitersänger bis hin zu den Freizeitverbänden der Naturfreunde und den Arbeiterhilfsorganisationen. Wenn es von einem Arbeiterverein, dem »Musikverein Ludwigshafen«, heißt, dieser »unter marxistischem Einfluß« stehende Verein sei »aufgelöst und die Instrumente und das sonstige Inventar von der SA und SS eingezogen und auf dem Rathaus vorläufig sichergestellt« worden[20], so kann man in dieser lapidaren Notiz durchaus so etwas wie ein Modell des Vorgehens erblicken – angefangen bei der apologetischen Bezeichnung »unter marxistischem Einfluß stehend« über die kurzerhand unternommene, von keinem staatlichen Rechts- und Eigentumsbewußtsein mehr getrübte Zerschlagung gegnerischer Einrichtungen bis hin zum Verschachern solidarisch erarbeiteter Werte an NS-Organisationen durch einen sog. Treuhänder für das marxistische Vermögen.

Bäuerliche Resistenz

Mit dem vorwiegend ländlich-kleingewerblichen Charakter Stockachs, vor allem aber dem fast ausschließlichen agrarisch-handwerklich bestimmten Hinterland besaß die landwirtschaftliche Bevölkerung im Bezirk Stockach eine dominierende Stellung. Sie war, wie in Baden insgesamt, relativ differenziert. 1925 hatte Baden 254.198 bäuerliche Wirtschaften, von denen 157.931 unter 2 ha (sogenannte Parzellenbetriebe), 62.779 lediglich 2–5 ha aufwiesen und 31.733 zwischen 5 und 20 ha bewirtschafteten (mittelbäuerliche Betriebe). Betriebe mit mehr als 20, aber unter 100 ha gab es lediglich 1663, mehr als 100 ha wiesen 92 Betriebe auf[21]. Die meisten Parzellenbauern waren, ebenso wie rund 20% der Kleinbauern, Nebenerwerbslandwirte, während der selbständige Landwirt, der seine Familie mit Landwirtschaft allein durchbringen konnte, für die Mittelbetriebe typisch war.

Mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 3,8 ha galt Baden auch im Bereich der Landwirtschaft als typisches Land des Klein- und Mittelbesitzes. Als solches war es von der landwirtschaftlichen Dauerkrise der 20er und beginnenden 30er Jahre besonders heimgesucht worden, die sich durch die sogenannte Grenzlandnot noch verschärfte. Da war einmal die Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Agrarprodukte bis lange nach dem Ersten Weltkrieg aufrechterhalten worden, dann hatte die Inflation zahlreiche bäuerliche Wirtschaftsbetriebe existenziell bedroht und schließlich verschlimmerten steigende Steuerlasten und Bodenzinse die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Diese traf die bäuerliche Bevölkerung durch den allgemeinen Konsumrückgang besonders hart, zumal sich die bäuerliche Kaufkraft bei steigender Verschuldung der Anwesen laufend verschlechtert und das Einkommensniveau breiter bäuerlicher Schichten auf Vorkriegsniveau hinabgedrückt hatte.

Es erscheint plausibel, daß eine solche wirtschaftliche Entwicklung nicht eben zu einer besonderen Verhaftung bäuerlicher Mentalitäten mit der Weimarer Republik und dem Prinzip parlamentarischer Demokratie beitrug. Das »flache Land« nährte im Gegenteil heftige antirepublikanische Ressentiments und öffnete sich der Agitation der Nationalsozialisten umso mehr, als diese unter immensem Ideologieaufwand eine neue Wertschätzung und Aufwertung des Bauerntums zu versprechen schienen.

[20] Zit. nach Freie Stimme, Radolfzell, 29. April 1933.

[21] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 50. Jahrgang 1931, Seite 50.

Doch so sehr sich der Aufstieg des Nationalsozialismus auch über bäuerliche Wählerstimmen vollzogen hat, so groß waren andererseits die Schwierigkeiten der nationalsozialistischen Machthaber mit dem auch jetzt unzufriedenen und »undankbaren« Volk der Bauern. Ganz anders als die politischen Gegner des Nationalsozialismus – ob Zentrum oder KPD bzw. SPD oder Gewerkschaften angehörend, die sozusagen »hausgemachte« Gegner des Nationalsozialismus waren – ergab sich die Frontstellung der Bauern gegenüber den braunen Machthabern oft erst im Laufe der Zeit. Zweifellos national gesinnt und vielfach auch »starken Regierungen« zuneigend, die ihre Situation zu bessern in der Lage waren, lehnten die Bauern dennoch und erst recht eine geschlossene Zwangswirtschaft ab, in der ihnen eine dem Führerprinzip nachempfundene Weisungsstruktur alle Autonomie nahm und sie zu Statisten einer im Dienst aggressiver Eroberungspolitik stehenden »Erzeugungsschlacht« degradierte. Dabei waren die Motive bäuerlicher Unzufriedenheit und Opposition zunächst durchaus unpolitischer Natur, sie schlugen jedoch schnell ins Politische um, wie überhaupt jede Art von Widerstand unter totalitären Bedingungen sehr leicht politische Dimensionen erhält. Die Konflikte zwischen bäuerlicher Bevölkerung und Nationalsozialismus bzw. dessen Repräsentanten (Orts- und Kreisbauernführer; Ortsgruppen- und Kreisleiter) entsprangen vielmehr einem tiefverwurzelten Antimodernismus, der gegenüber der NS-Propaganda vielfach Immunität bewirkte und die totalitäre Erfassung und Mobilisierung durch den Nationalsozialismus zu unterlaufen wußte.

Was die Konflikte zwischen Nationalsozialisten und Bauernschaft betrifft, so sind zunächst diejenigen zu erwähnen, die in engem Zusammenhang mit der sozialen und ökonomischen Situation der Opponenten stehen. Solche »Primärmotive« schlagen sich in der Gesamtheit der Oppositionsgründe in der Tat spürbar nieder – wenn sich daneben auch grundsätzlich-kritische Äußerungen finden lassen (Dokumente 10, 27, 28, 30). Bemerkenswert ist dabei, daß der Weg von eher singulärer Kritik zu »radikalen« Konsequenzen oft recht kurz ist; auch wo eine Mißstimmung dem neuen Staat gegenüber nicht sehr fundamentaler Natur zu sein, selbst wo der Nazismus einmal einen gewissen Kredit gehabt zu haben scheint, kann die dünne Vertrauensdecke bereits unter kleinen Belastungen zusammenbrechen: »Die Schweine werden billiger«, äußerte beispielsweise ein Bauer auf dem Radolfzeller Viehmarkt, »ich werde nicht mehr Hitler wählen«. Freilich wird damit auch die Problematik deutlich, solche Bemerkungen als oppositionell einzustufen.

Immerhin lassen die vorliegenden Fälle erkennen, daß die Bauernschaft die Verordnungen und Gesetze, die in die bäuerliche Autonomie eingriffen bzw. die Lebenssituation beeinflußten, keinesfalls kommentarlos hinnahm, und schon gar nicht die Art, wie diese Gesetze und Maßnahmen verfügt wurden. So galten beispielsweise die Gesetze zur Milch- und Fettwirtschaft dem Bauern B. in Mahlspüren als »Gewaltmaßnahmen« und »Gewaltakte« (Dokument 33). »Bevor Hitler die Macht übernommen hat«, urteilte eine Bäuerin aus Wiechs, »hat es der Bauer bedeutend besser gehabt. . . Man soll nur noch einige Jahre warten, dann werden wir sehen, was kommt. Jetzt werden einem die Preise vorgeschrieben und die sind alle zu niedrig«. Aufgrund des zeitlichen Rahmens der überlieferten Aktenbestände ist es leider nicht möglich, die Zunahme (und die veränderten Bedingungen) des Protests gegen die Intensivierung der geschlossenen Zwangswirtschaft während des Krieges zu dokumentieren. Das mitunter erstaunlich entschiedene Verhältnis nicht nur gegenüber dem Krieg, sondern auch gegenüber dem Militarismus (Vgl. Dokumente 28,30) belegt jedoch, daß sich die Antikriegsstimmung im Laufe der Zeit noch verstärkt haben dürfte, zumal der Krieg ja auch den Abzug vieler Bauernsöhne von den Höfen an die Front mit sich brachte. Sehr dicht neben dieser Konfliktquelle liegt ein anderer häufiger Konflikttyp: die »Beschimpfung« und »Verächtlichmachung« dörflicher Systemrepräsentanten. Immer wieder zeigten Stützpunktleiter, Ortsgruppenleiter, Nazi-Bürgermeister und Bauernführer Kritiker an, die jene der Klüngelei und der Mißwirtschaft, der Unfähigkeit und Postenjägerei bezichtigt hatten. Formulierungen wie »üble Nachrede« und » unwahre Behauptungen« können nicht verdecken, daß es sich hier, psychologisch gesehen, um

ein Phänomen der Entfremdung zwischen bäuerlicher Bevölkerung und vielfach beargwöhnter neuer Dorfkaste handelt und vielfach war es für den Reichsnährstand schwer, angesehene Bauern als Orts- oder gar Kreisbauernführer zu gewinnen. Wer im Dorf seine noch so bescheidene Funktionärskarriere machte, war eben unter Umständen sehr bald nicht mehr der Nachbar, sondern der Repräsentant und verlängerte Arm eines beargwöhnten und vielfach ungeliebten Systems, dessen Macht umso gefährlicher schien, als es seine »Vorposten« in jedem Dorf hatte. Dabei war es oft gerade der geringe Abstand zwischen Dorfbevölkerung und nazistischen Parvenues, der gefährlich wurde: gerade einem ganz unten an der Parteihierarchie Stehenden wie einem Stützpunktleiter konnte es beispielsweise leicht fallen, eine Anzeige zu formulieren, wonach der Landwirt M. H. »seine Person, die Partei und den Herrn Reichskanzler beleidigt« habe. Die Eigenheiten hierarchisch-autoritärer Strukturen und ihre psychischen Wirkungen bringen es mit sich, daß hier die Zufriedenheit über die gerettete *persönliche* Ehre sozusagen im Windschatten der Genugtuung über die Wiederherstellung der *nationalen* Ehre segeln konnte. Fast noch deutlicher ist in dieser Beziehung ein anderer Fall, in dem sich ein Anzeigeerstatter eng mit den Maßnahmen der Reichsregierung identifiziert; für ihn wird die »sinnlose Kritik« des Bauern O. J. aus Orsingen an den Erbhofgesetzen gar zur »Beleidigung jener Personen... die zur Durchführung dieses Gesetzes berufen [!] sind« (Dokument 22). Je weiter unten in der Parteihierarchie jemand stand, desto plausibler konnte seine totale Identifikation mit den politischen Entscheidungsspitzen ausfallen; und je deutlicher man die im Grunde geringe Distanz zum »gewöhnlichen Volk« täglich spürte, desto größer mochte mitunter auch die Verlockung sein, dieses einmal die Macht spüren zu lassen. »Meines Erachtens«, forderte so ein beleidigter Ortsgruppenleiter die Gestapo Konstanz auf, »gehört dieser Bruder einmal in ein Konzentrationslager«; und ein anderer forderte mit Blick auf drei ihm mißliebige Kommunisten: »... und können dieselben nur mit einer Beobachtung [!] im KZ Ankenbuck, gesellschaftsfähig gemacht werden« (Dokument 17).

Selbstverständlich war der Großteil der Konflikte mit Partei- und NS-Stellen nur teilopositioneller Natur, bezog sich also auf Einzelerscheinungen wie Maßnahmen und Verfügungen, Einrichtungen und Personen. Die wichtigste Frage freilich beantwortet unser Material nicht: Wie haben sich Einstellungen entwickelt, wie haben sie sich verändert, – etwa auch unter dem Einfluß von Strafen? Was beispielsweise mußte alles an Enttäuschungen und Verärgerung, an Unmut und Einzelkritik zusammentreffen, bis ein Bauer wie F. K. aus Bodman WHW-Sammler vom Hof jagte, seiner Mutter unter Drohungen das Spenden untersagte und einen der Sammler anherrschte, er solle »ja seinen Arm drunten« lassen? Was in solchen Fällen sichtbar wird, sind im wörtlichen Sinne nur die Spitzen eines Eisbergs, dessen »kritische Masse« sich der bloßen »Aktenkundigkeit« entzieht. Hier müßten Interviews mit den Betroffenen selbst jene Dimension persönlicher Einstellung und Werthaltungen erbringen, die durch die Berichts-Perspektive von Strafverfolgungsbehörden und ihrer Zuträger nicht zu erreichen sind.

So, wie von der Arbeiterschaft als dem eigentlichen Gegenspieler des Nationalsozialismus gesprochen werden könnte, weil von seiner Seite insgesamt noch der meiste Widerspruch gegen ihn gewagt wurde, so bestand gegenüber der agrarischen Provinz und ihrer Bevölkerung eine »ideologisch präformierte größere Toleranz[22]«. Nicht nur, daß das Bauerntum eine mythisch ausstaffierte Größe darstellte (»Nährstand«, Blut- und Boden-Kult); es mußten auch einige der Zielsetzungen des Nationalsozialismus über den »Transmissionsriemen des vorgegebenen Einflußfeldes geleitet und, ihnen entsprechend, vielfach abgewandelt werden (...), wenn sie nicht von vornherein als Fremdbestimmung empfunden werden sollten[23]«. Dennoch gelang es dem Nationalsozialismus nie ganz, bei den Bauern den Eindruck dieser Fremdbestimmung zu zerstreuen. Nicht nur, daß der Reichsnährstand als vorgeblich ständische Selbstvertretung der Bauernschaft bald als Illusion erkannt wurde; der oft erstaunliche bäuerliche

[22] Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, wie vor, Seite 701.
[23] Ebenda, Seite 701.

Realsinn war auch dem nationalsozialistischen Pomp, der schlechtverhüllten Arroganz der Funktionäre abhold und die ständigen Appelle an die Opferbereitschaft prallten immer mehr von ihm ab. Im neuen Staat war ihnen vieles zu neu, wurde ihnen vieles zu rabiat und zu überstürzt geändert, ging es zu wenig »gmach« zu, mit zu viel großsprecherischem Pathos und Messianismus auch. So bieten unsere Dokumente manchen exemplarischen Beleg für eine Immunität, die sich vielfach unter Beweis stellte; mit ihr wehrte man sich auf seine Weise gegen den vehementen Einbruch des Nationalsozialismus in den Alltag und in das tradierte ländliche Lebensgefüge.

Der Widerstand des Einzelnen am Beispiel des Klerus

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten standen die Kirchen vor dem Problem, ihr künftiges Verhältnis zum neuen Staat festzulegen. Sollten sie ihren Bedenken vom neuen Heidentum, das einige ihrer Führer im Nationalsozialismus zu erkennen glaubten, weiterhin Ausdruck verleihen, sollten sie den Kurs einer strikten Ablehnung – wie er durch den deutschen Episkopat 1930 festgelegt war – beibehalten, oder waren sie nicht schon um des eigenen Bestandes willen zu einer Mitarbeit im Nationalsozialismus und damit zu einer weitgehenden Anpassung verpflichtet?

Um die Kirchen für sich zu gewinnen, hatte Hitler sich aus verständlichen Gründen zurückgehalten und den Kirchen taktische Brücken gebaut. So ließ er sie wissen, er sehe in ihnen »die wichtigsten Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums«, ja er bezeichnete sie als die »unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes[24]«.

Neben diesen Zusicherungen darf freilich auch nicht die große Verlockung übersehen werden, die für die beiden großen christlichen Kirchen darin lag, daß der Nationalsozialismus mit Liberalismus und Marxismus aufzuräumen versprach – Gegnern mithin, die nicht zuletzt Gegner der Kirche waren. Diese Aussicht ließ viele Kirchenführer in ihrer ablehnenden Haltung schwanken und sorgte bei anderen für anfänglich emphatische Zustimmung und rückhaltlose Bekenntnisse zum neuen Staat. Dieser neue Kurs erfuhr mit der Unterzeichnung des Konkordats seine Sanktion von höchster Stelle; doch der Aufbruch der zu erwartenden massiven Konflikte, der Ausbruch eines neuen Kirchenkampfes wurde dadurch allenfalls verschoben. Denn für die Kirche und ihre Geschlossenheit bot es einen höchst unvollkommenen Schutz, während es für den nationalsozialistischen Staat einen ersten großen diplomatischen Erfolg und einen internationalen Prestigezuwachs bedeutete und zur innen- wie außenpolitischen Konsolidierung der Diktatur beitrug – » widerlegte« das Konkordat doch die Christentums- und Kirchenfeindlichkeit des Nationalsozialismus und räumte so die Bedenken zahlloser Katholiken beiseite.

Doch bereits in der Endphase der Konkordatsverhandlungen offenbarte sich der Basis der Kirchen, dem niederen Klerus und dem Kirchenvolk das Doppelspiel der Nationalsozialisten; während sich der Episkopat noch in der trügerischen Sicherheit eines auskömmlichen neuen Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und Staat wiegte, war vielen einfachen Geistlichen die Methode der nationalsozialistischen Taktik bereits aufgegangen. »Kein Mensch weiß, wo die sogenannte Gleichschaltung aufhört[25]«, hatte sich das Pfarramt Herz-Jesu in Freiburg bereits im Juli 1933 in berechtigter Sorge an das Erzbischöfliche Ordinariat gewandt; ein Lahrer Dekan beklagte, sich über die Glaubwürdigkeit der Kirche Sorge machend, die »stete Nachgiebigkeit der Kirchenbehörde der Hitlerbewegung gegenüber[26]«, und buchstäblich bewahrheiten sollte sich, was ein einfacher Landpfarrer im August 1933 an das Ordinariat schreiben sollte: »Nebenbei werden der Kirchenregierung noch viele Lichter aufgehen über die tiefsten Beweggründe und Absichten der deutschen Regierung[27]«.

[24] Zit. nach Walther Hofer, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 bis 1945, Frankfurt 1957, Seite 120.

[25] 1933. Machtergreifung in Freiburg und Südbaden. Katalog zur Ausstellung vom 31. 1.–20. 3. 1983 in der Universitätsbibliothek. Freiburg 1983, Seite 57.

[26] Ebenda, Seite 57.

[27] Hugo Ott, Möglichkeiten und Formen kirchlichen Widerstands gegen das Dritte Reich von seiten der Kirchenbehörde

In die Reihe solcher frühen Desillusionierungen und richtigen Einschätzungen gehören auch einige Vorfälle aus dem ehemaligen Kreis Stockach. Was die päpstliche Enzyklika »Mit brennender Sorge« 1937 schließlich als einen »Anschauungsunterricht der vergangenen Jahre« nannte, den verschleierten Vernichtungskampf der Kirche nämlich – dies war mit einigen einprägsamen Lehrstücken in unserem Gebiet bereits sehr früh deutlich geworden. Gleich eines der ersten war auch das wohl deutlichste; es betrifft den Nenzinger Pfarrer Klemens Stehle.

Dieser Priester galt den örtlichen Parteistellen im Landkreis als ein führender Gegner des Nationalsozialismus, als ein »berüchtigter, aus unserer Kampfzeit gegen das schwarz-rote System bekannter Ortsgeistlicher« und »geifernder Berichterstatter der Bodensee-Zeitung«, der »heute noch seinem fanatischen Hasse gegen den Nationalsozialismus immer weiteren Raum geben zu müssen glaubt[28]«. Unter demselben Datum berichtete das Bezirksamt Stockach in einem Schreiben an das Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz in Karlsruhe von dem diesen Artikel auslösenden Zwischenfall (Dokument 13), bei dem Pfarrer Stehle einer mit ihren Mädchen vorüberziehenden BdM-Führerin den deutschen Gruß verweigert hatte. Zur Rede gestellt, habe Stehle erklärt, er wolle zuerst eine Regelung dieser Frage durch kirchliche Stellen abwarten; im übrigen werde er auch dann, wenn der deutsche Gruß zur Vorschrift werden sollte, nicht einfach auf den katholischen Gruß verzichten.

Bereits am 21. September war auf Antrag des Kreisleiters der NSDAP die Hausschutzhaft über Pfr. Stehle verhängt worden, die dieser, angeblich unwissentlich, zum Zweck morgendlichen Messelesens am 23. September brach. Durch den Kreisleiter nun persönlich nach Stockach zu einer Unterredung verbracht, sollte Pfr. Stehle bei dem Stockacher Dekan Kern bleiben, bis eine fernmündlich erbetene Entscheidung des Ordinariats aus Freiburg über eine eventuelle Versetzung Pfr. Stehles eintraf. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NSDAP-Kreisleitung bereits beschlossen, sich gegen einen weiteren Verbleib Stehles in Nenzingen mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen; in einem Brief an das Stockacher Bezirksamt bat der Kreisleiter unter Hinweis auf die »Erregung der Bevölkerung« »dringend, eine Wiederkehr des Pfarrers Stehle in den Bezirk Stockach unmöglich zu machen«. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, inszenierten die Nazis mit Hilfe nenzinger und wahlwieser Bürger am 22. September eine »spontane Versammlung, auf welcher Rufe gegen Pfarrer Stehle lautwurden. Zu einem Zwischenfall kam es, als einige SA- und SS-Leute in das Pfarrhaus eindrangen und anschließend unter dem Hinweis, daß das Notwendige schon veranlaßt sei, von der Gendarmerie wieder herausgeholt werden mußten[29]. Auf der Kreisleitung, wohin sich die Demonstranten anschließend begeben hatten, wurde ihnen versichert, Stehle werde den Bezirk ungesäumt zu verlassen haben und nicht mehr zurückkehren dürfen. Diese Zusage erfolgte nach einer Unterredung mit Dekan Kern aus Stockach und nachdem auch das Bezirksamt der Meinung war, daß für Stehles Sicherheit keine weitere Gewähr mehr bestehe.

Pfr. Stehles zwischenzeitlicher Aufenthalt in Gengenbach brachte jedoch nur eine vorläufige Beruhigung. Nunmehr betätigte sich das Bürgermeisteramt Nenzingen in einem Brief an die Kreisleitung als Scharfmacher und wußte von schriftlichen Kontakten zwischen Pfr. Stehle und Nenzinger Bürgern. »Sorgen Sie schnell dafür«, hieß es in dem Schreiben, »daß endlich auch die beiden Schwestern, die noch hier sind, auf dem schnellsten Wege fortkommen, sonst gibt es ja keine Ruhe«. Und, so wurde in einem Aufwasch vorgeschlagen, »könnte dem Kirchenrechner M., der diesen Brief hat, das Haus nicht untersucht werden?«

In dem genannten Brief an den Kirchenrechner M. (Vgl. Dokument 14) sah auch das Bezirksamt in einer Mitteilung an das Kultusministerium vom 9. Oktober ein geeignetes Mittel, »eine Beruhigung der Verhältnisse in Nenzingen« zu hintertreiben. Seitens der Mitglieder der

und des Pfarrklerus. Dargestellt am Beispiel der Erzdiözese Freiburg im Breisgau. In: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 92 Jg., 1972, Seite 321.

[28] Verbunden mit dieser »Charakterisierung« war der Wunsch, Pfr. Stehle möge bald in das KZ Heuberg eingeliefert werden. Bodensee-Rundschau, Konstanz, 22. September 1933.

[29] Das Eindringen von SS-Männern in das Pfarrhaus wurde vom Bezirksamt gerügt; der Vorgang belegt, daß sich in der An-

NSDAP in Nenzingen wird »dieses Verhalten Stehles natürlich als erneute Auflehnung gegen die NSDAP wie gegen den Staat angesehen; die Erregung über denselben wird dadurch nur noch weiter gesteigert«. Da die Entscheidung des Ordinariats noch ausstand, fügte das Bezirksamt ein weiteres Mal eine Aufforderung an, »daß eine Rückkehr des Pfarrers Stehle nach Nenzingen nur zu weiteren Aktionen gegen ihn führen müßte. Ich möchte jedenfalls die Verantwortung für seine Sicherheit nicht übernehmen«. Außer diesen schriftlichen Kontakten hatte es auch Besuche zweier Nenzinger Vertrauter Pfr. Stehles in Gengenbach gegeben, die von den Nazis sehr wohl als Beweis der Verbundenheit des katholischen Nenzingen mit seinem Pfarrer verstanden wurden. »Durch Unterschriftensammlungen, die einem Gesuch an das Erzbischöfliche Ordinariat beigefügt wurden, glaubte man, unter Berufung auf das Konkordat, dasselbe um Schutz für Pfarrer Stehle anrufen zu können (. . .) und die Rückkehr Stehles nach Nenzingen zu erwirken«, schrieb die Bodensee-Rundschau am 4. Oktober 1933 in einem groß herausgestellten Artikel und stellte fest, das Konkordat sei für den heutigen Staat kein Hindernis, »gegen staatsfeindliche Elemente mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen. Der nationalsozialistische Staat läßt nicht Schindluder mit sich treiben, das sollen sich alle jene schwarzen Maulwürfe merken, die da glauben, hauptsächlich auf dem Lande, unter den fadenscheinigsten Vorspiegelungen ihre Wühlarbeit fortsetzen zu dürfen«. Um ihren Drohungen Nachdruck zu verleihen, hatten die Nationalsozialisten inzwischen über einen der beiden Besucher Stehles in Gengenbach, den Gabelmacher Wilhelm M., die Schutzhaft verhängt. Man versprach sich von diesem Akt der Einschüchterung, daß »nun hoffentlich die übrigen irregeführten Anhänger von Stehle den rechten Weg zum neuen aufbauenden Staat finden und diese ihrerseits durch vorbehaltloses Bekenntnis zu demselben beitragen, daß in Nenzingen der Bürgerfriede seinen Einzug halten kann«.

Aber noch einmal mußte die NSDAP um diesen »Frieden« bangen. Am 19. Oktober 1933 schrieb die Kreisleitung an den Kultusminister, die habe erfahren, daß Pfr. Stehle nach Aach versetzt werden solle. Dies aber sei vollkommen untragbar: »Aach liegt nur 7 km von Nenzingen entfernt. Bei dieser geringen Entfernung ist es selbstverständlich, daß Pfarrer Stehle nach wie vor seinen unheilvollen Einfluß im Bezirk Stockach und vor allem in Nenzingen geltend machen wird (. . .) Es ist mir bekannt worden (!), daß Pfarrer Stehle in Gernsbach (!) immer wieder von einigen seiner Anhänger aufgesucht wurde, denen er Weisung gab. Wieviel mehr ist mit einer Verhetzung der Bevölkerung zu rechnen, wenn er nur 7 km von Nenzingen wegwohnt«.

Ob diese Versetzungsentscheidung nach Aach unter dem Eindruck des Einsatzes der Nenzinger für ihren Pfarrer zustande kam oder gar der Versuch einer Kraftprobe seitens des Ordinariats Freiburg sein sollte, muß dahingestellt bleiben; bekannt ist lediglich, daß es zu einer persönlichen Unterredung Pfr. Stehles mit Erzbischof Gröber kam, in der es mit aller Wahrscheinlichkeit auch um die Frage einer Versetzung gegangen sein dürfte.

Wir sind auf diesen Fall so ausführlich eingegangen, weil er die erste größere Kraftprobe des örtlichen Nazi-Systems mit dem Kirchenvolk darstellt und auch weit über den Bezirk hinaus für Schlagzeilen sorgte. Der Sieger bei der Auseinandersetzung hieß weder Staat/Partei noch Kirche, wenn auch die ersteren die Durchsetzung ihrer Vorstellungen so empfunden haben mögen. Entscheidend aber blieb die Erfahrung zahlreicher Gläubiger, was hergebrachte Religiosität und Tradition unter dem neuen Regime wert waren; entscheidend war auch der Einblick in die Mittel des neuen Systems, den viele durch diesen exemplarischen Fall gewonnen hatten. Jedenfalls konnte Pfarrer Stehle über die fester gewordene Verbindung zu seiner Gemeinde am 24. November 1933 schreiben: »Zu meinem Namenstag wurde ich von einer förm-

fangszeit des Nationalsozialismus auch untere Behörden durchaus noch Reste rechtsstaatlichen Denkens bewahren konnten. Das Schreiben des Kreisleiters an das Bezirksamt versuchte, das Eindringen von SS in das Pfarrhaus damit zu entschuldigen, daß auf diese Weise keine anderen Demonstranten ins Haus gelangen konnten (!); im Übrigen war sein Ton sehr moderat gehalten und scheint die Überraschung wiederzuspiegeln, daß der Kreisleitung von Seiten des Bezirksamts Widerstand entgegengebracht wurde.

lichen Flut von Glückwünschen überschüttet. Die meisten kamen von Nenzingen. Diese sollen zuerst beantwortet sein. Es haben überaus herzliche Wünsche ausgesprochen: der Stiftungsrat, der Mütterverein, die Jungfrauenkongregation, der Jungmännerbund, mit D.M.R.O. Diesen haben sich angeschlossen eine große Anzahl von Eltern und Kindern; was in diesen Briefen steht, offenbart so recht die tiefste Verbundenheit des kath. Volkes mit seinen Priestern«.

So, wie Pfarrer Stehle im deutschen Gruß ein Zeichen für das Totalitäre des nazistischen Regimes sah, lehnte ein weiterer Pfarrer nationalsozialistische Embleme im kirchlichen Rahmen ab. Weil er sich gegen das Tragen von Hakenkreuzwimpeln bei einer Prozession ausgesprochen hatte, wurde Pfarrer Rösch aus Honstetten bereits im Juni 1933 in Schutzhaft genommen und nach Donaueschingen gebracht. »Schon lange ist uns dieser geistliche Herr bekannt und anscheinend war er im Geiste noch ein halbes Jahr zurück. Nun, in Donaueschingen kann er darüber nachdenken, ob ein Hakenkreuzwimpel wirklich gefährlich ist für eine Prozession oder ob es nicht angängig ist, die jungen Menschen, wenn sie eine Pflicht der Kirche gegenüber erfüllen wollen, diese Pflicht ungehemmt ausführen zu lassen« – kommentierten die nationalsozialistischen Bodensee-Nachrichten am 20. 6. 1933 in bekannt hämischem Tonfall.

Eine weitere wichtige Konfliktquelle stellten Predigten dar – wie die Dokumente 31, 36 und 43 belegen. Zusätzlich zu erwähnen wären die Fälle des Pfarrers Schießle (Eigeltingen) und Martin (Stahringen). Bei Schießle blieb es bei einer Meldung: anläßlich des Religionsunterrichts in der ersten Klasse der Hochschule hatte Pfr. Schießle – wohl aus spontaner Empörung über die zahlreichen, willkürlich vom Zaun gebrochenen Devisen- und Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Geistliche – angekündigt, am kommenden Sonntag über das Thema predigen zu wollen – hierzu seien »alle Mausefallenhändler und auch die Geheime Staatspolizei« eingeladen. Das hierauf telefonisch verständigte Bezirksamt ließ den Gottesdienst beobachten, wobei sich jedoch nichts Verdächtiges ergab; eine Predigt fand überhaupt nicht statt.

Pfarrer Martin hatte in seiner Predigt vom 2. Mai 1937 geäußert, früher sei »ein ganz frommer Mann Kaiser gewesen und da war auch das Volk fromm (. . .) Wenn natürlich die Oberen nichts glauben und die Leute noch vom Glauben abwendig (!) machen, so könne man nichts glauben«. Die Geheime Staatspolizei, Leitstelle Karlsruhe, teilte am 23. Juli daraufhin mit, sie habe eine eindringliche Verwarnung ausgesprochen und Martin die größte Zurückhaltung empfohlen, »andernfalls er schärfere staatspolizeiliche Maßnahmen zu erwarten habe«. Protest gegen die Reglementierung des kirchlichen Gemeindelebens und Zurückdrängung kirchlicher Glaubensinhalte (Pfr. Beugel, Dokument 31), Verwahrung gegen die Beschränkung kirchlicher Tätigkeitsfelder (Pfr. Brutscher) sowie die Bestärkung der Gläubigen im Vorrang christlicher Lehre vor weltlichen Ideologien (Pfarrer Kern und Martin) – dies gehörte zu den häufigsten und begreiflicherweise auch am konfliktträchtigsten Inhalten von Predigten und unterrichtlichen Äußerungen, die teils mit Verwarnungen, teils mit empfindlichen Geldstrafen abgebüßt wurden. So hatte Pfarrer Kern seine in Dokument 36 bezeugten Äußerungen mit 600 RM zu sühnen.

Doch nicht nur in Predigten war den Priestern Zurückhaltung auferlegt; auch im Religionsunterricht konnten sie nicht vor eifrigen Aufpassern und Zuträgern sicher sein. Oft genug spielten hier die Zusammenarbeit von Bürgermeisterämtern und Lehrern mit den örtlichen Bezirks- und Gestapostellen eine wichtige Rolle – wie zwei Fälle aus dem Bezirksgebiet Stokkach belegen. So gelangte das Bürgermeisteramt Glashütte am 23. Januar 1939 mit dem Bericht an das Bezirksamt Stockach, daß sich Kaplan Lebfromm »beim Religionsunterricht (. . .) bei den Schulkinder (!) mit Äußerungen die sich gegen den Staat richten verfehlt hat« und daß es das beste wäre, wenn der Kaplan »von seiner amtierten Stelle in Stetten a. k. M. versetzt würde«.

Pfarrer Eugen Weiler, der 1942 von Wiechs am Randen aus einer Jüdin zur Flucht in die Schweiz verhalf, durch deren Unvorsichtigkeit er selbst sowie der singener Msgr. August Ruf ins KZ Dachau überstellt wurden, kam am 22. Oktober 1936 als Kaplaneiverweser nach Meß-

kirch. Über seine Erfahrungen dort berichtete er u. a.: »Oberlehrer M. an der Volksschule gehörte dem SD an und überwachte alle Geistlichen; sein getreuer Helfer war der Fortbildungsschullehrer E. (SA). Eines Tages Verhör im Zimmer des Schulvorstandes: im Religionsunterricht hätte ich die Frau des Ortsgruppenleiters, des damaligen Sparkassenverwalters R. verleumdet. Rechtsanwalt G., der die Sache in der Hand hatte, verlangte von mir, daß ich öffentlich Widerruf leiste und 50 RM in die NSV bezahle. Leider habe ich auf Anraten eines geistlichen Mitbruders dem Rechtsanwalt vertraut. Stadtpfarrer Meckler sagte mir nachher, ich hätte das nicht tun, sondern es zur Gerichtsverhandlung kommen lassen sollen, dann wäre die dreckige Wäsche der Nazis gewaschen worden. Gelegentlich einer Vorsprache beim Generalvikar in Freiburg teilte mir dieser mit, wenn ich nicht versetzt worden wäre, hätte mich die Gendarmerie von Meßkirch abgeführt[30]«.

Am Beispiel Pfarrer Brutschers wurde bereits der Versuch der Nationalsozialisten deutlich, die Kirche aus ihren traditionellen Tätigkeitsfeldern zu verdrängen. Besonders aufschlußreich ist hier der Fall in Ludwigshafen, wo 1937 versucht werden sollte, durch die NSV in das alte Tätigkeitsfeld von Ordensschwestern (Kleinkinderbetreuung und Krankenpflege) einzudringen (Dokument 42). Das Beispiel belegt eindrucksvoll, wie die von Pfr. Spitznagel und seiner Haushälterin betriebene Sabotage der Neuerungen zu einem erfolgreichen Zusammenhalt des caritativen katholischen Gemeindelebens führte, so daß die Gendarmerie Ludwigshafen zugeben mußte, die Kaltstellung der neuen NS-Schwester sei »bis heute auch restlos gelungen«. Auch sei der Caritas-Verein zum Sammelbecken all jener geworden, die dem Nationalsozialismus »abwartend, ablehnend, uninteressiert oder gleichgültig« gegenüberstünden. Im allgemeinen zeigen die Reaktionen auf solche Fälle, wie zurückhaltend Staat und Partei sein mußten, wollten sie nicht größere, dem Katholizismus eng verbundene Bevölkerungsteile gegen sich aufbringen oder doch einnehmen. Die Angst vor Märtyrern durch ungeeignete oder falsche Maßnahmen war deshalb auch stets vorhanden. Sie bestimmte auch bei der Kreisleitung der Stokkacher NSDAP das Vorgehen. Obwohl sonst eher scharfmacherisch vorgehend, warnte sogar die Kreisleitung das Bezirksamt, mit Pfarrer Kern (Vgl. Dokument 36) einen neuen »Märtyrer zu schaffen« und stimmte dem Kultusministerium zu, das angefragt hatte, ob »die Verhängung eines Ortsverweises in politischer Beziehung nicht von nachteiligen Folgen (Stimmung der Bevölkerung) begleitet sein« wird. Zwar treffe es zu, daß Dekan Kern »bei passenden Anlässen seine mit den Maßnahmen der Regierung nicht übereinstimmende Ansicht in mehr oder weniger versteckter Form zum Ausdruck« bringe, aber er tue dies »nicht mehr und nicht weniger als eine große Vielzahl von katholischen Geistlichen überhaupt«. Und wohl durch die Erfahrungen mit Pfr. Stehle gewitzt, empfahl das Bezirksamt, keinen Ortsverweis auszusprechen, sondern lediglich für den Wiederholungsfall einen solchen anzudrohen.

Freilich hatte solch taktisches Verhalten auch seine Grenzen. So bleibt abschließend von zwei Geistlichen zu berichten, die im KZ bzw. an Haftfolgen starben[31]. Der eine ist der 1882 im Kapitel Meßkirch, Pfarrei Denkingen geborene Pfr. Adolf Bernhard, der lange im ehemaligen Kreis Stockach (Heinstetten und Worndorf) amtiert hatte und von seiner letzten Pfarrei Hondingen (Bezirksamt Donaueschingen) aus ins KZ Dachau verschleppt wurde. Eine Rede bei der Beerdigung eines Hitlerjungen war Anlaß gewesen, Pfr. Bernhard in die Gefängnisse von Villingen und Mannheim zu überstellen. Bald darauf, im August 1940, wurde er bereits wieder entlassen – der badische Justizminister hatte entschieden, daß seine inkriminierten Äußerungen nicht unter die Bestimmungen des Heimtückegesetzes fielen. Keinen Monat später jedoch erfolgte die erneute Festnahme Pfr. Bernhards, die ihn erneut nach Villingen und Mannheim brachte. Seit März 1942 in Dachau, starb er wenige Wochen nach seiner Einlieferung am 11. Juli 1942 den Hungertod.

Der zweite Märtyrerpriester aus dem ehemaligen Kreis Stockach ist Pfarrer und Dekan Otto

[30] Freiburger Diözesen-Archiv, Freiburg 1970, Band 90, Seite 259 ff.

[31] Die Darstellung beider Fälle nach Augustin Kast, Die badischen Märtyrerpriester. Lebensbilder badischer Priester aus der Zeit des Dritten Reiches. Karlsruhe 1947, Seite 7 ff und 51 ff.

Meckler. Meckler hatte 1937 Schulverbot erhalten; bereits einen Monat zuvor hatte bereits seinen Kaplan dasselbe Los getroffen. In einer Predigt nahm Pfr. Meckler zu der Maßnahme Stellung, worauf er innerhalb von 24 Stunden Meßkirch verlassen mußte.

Erneut machte Pfr. Meckler auf sich aufmerksam, als er, bereits während des Krieges, an einem abgeschafften Feiertag dennoch ein Amt hielt. Dies war für seine Gegner der lange gesuchte Anlaß der Abrechnung. Wie ein Verbrecher behandelt, lieferte man Pfr. Meckler ins Gefängnis Überlingen ein. »Als er nach drei Wochen wieder nach Hause kam, war er ein gebrochener Mann. Die seelischen und körperlichen Quälereien hatten Herzstörungen und Asthma zur Folge. In Krozingen und Freiburg suchte er Heilung, doch ohne nennenswerten Erfolg, umso mehr, als er sich keine Schonung auferlegen wollte. Noch einmal hielt er seiner Gemeinde die Maipredigten. Dann begab er sich nach Konstanz ins Sanatorium, wo er am 17. August 1944 noch nicht 52jährig gestorben ist[32]«.

Widerstandsprofil für den ehemaligen Bezirk Stockach anhand der Schutzhaftakten, Bestand LRA Konstanz

Die nachfolgende Zusammenstellung von Konfliktfällen zwischen Einzelpersonen mit NS-Stellen ist chronologisch geordnet und erlaubt einen schwerpunktmäßigen Überblick der hauptsächlichen Konfliktgruppen, der Beilegungs- oder Strafmaßnahmen und der weltanschaulichen, politischen und sozialen Herkunft der »Delinquenten«. Hauptsächlich stammt die komprimierte Zusammenfassung der Fälle aus dem Bestand an Schutzhaftakten aus dem LRA Konstanz; aufgenommen wurden zusätzlich einige Fälle, die dem Verfasser aus einschlägigen Veröffentlichungen oder aus der damaligen Presse bekannt wurden. Die laufenden Nummern 109–121 schließlich betreffen Fälle dienstrechtlicher Disziplinierungen und sind einem »Verzeichnis der Beamten« entnommen, »die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Baden gemaßregelt wurden« (erstellt von der NSDAP-Gauleitung Baden, Amt für Beamte, datiert vom 28. Juli 1937). Die starke Vereinfachung und tabellarische Zusammenfassung ließ Abkürzungen unumgänglich erscheinen; es bedeuten im Einzelnen:

SH	Schutzhaft	Ermittl.	Ermittlung(en) durch NS-Behörden
G	Gefängnis	Äuß.	Äußerung(en)
Tg	Tag(e)	Ldw.	Landwirt
Wo	Woche(n)	Bez.rat	Bezirksrat
Mo	Monat(e)	Gew.	Gewerkschaft
J	Jahr(e)	Reichsb.	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Republikschutzorganisation)
SoG	Sondergericht	Z	Zentrum
V.e.	Verfahren eingestellt	Stahlh.	Stahlhelm
		IAH	Internat. Arbeiter-Hilfe
		Überw.	Überwachung

[32] Ebenda, Seite 53 f.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahme	Datum	Grund/sonstige Bemerk.
1	Emil S.	Stockach	arb.los	KPD	SH	4.–8. 3. 33	Drucker der Stockacher KPD-Zeitung, Verdacht der illeg. Fortführung der Partei
2	Matthäus B.	Zizenhausen	?	KPD	SH	4. 3. 33	KPD-Funktionär
3	Karl W.	Zizenhausen	Former	KPD	SH	4. 3. 33	Verbreitg. komm. Flugbll. zur Wahl vom 5. März 33
		–			KZ	12. 3.– 20. 6. 33	
4	August S.	Stockach	?	KPD	SH	4. 3. 33	Führer der Stockacher Kommunisten Ortsvors. der KPD
5	Albert Z.	Stockach	?	KPD	SH	4. 3. 33 u. 12. 3. 33	Kommunist. Funktionär
6	Karl L.	Nenzingen	Mechaniker	KPD	SH	4.–8. 3. 33 und vom 10. 3.– 20. 4. 33	»Verdacht kommunist. Wühlarbeit«.
7	Johann-B.K.	Zoznegg	Arbeiter	KPD	SH	10.–14. 3. 33	
8	Alois G.	Zizenhausen	Reisender	KPD	SH	10. 3. 33	
9	Fritz Sch.	Stockach	?	KPD	SH	10. 3. 33	KPD-Funktionär
10	Konrad G.	Zizenhausen	Schlosser	KPD	SH	12.–27. 3. 33	Beteilig. an KPD-Aktionen vor Machtergreifung
11	Albert B.	Zizenhausen	Hilfsarbeiter	?	SH	12. 3.– 27. 3. 33	
12	Friedrich F.	Nenzingen	Vertreter	SPD, Gew. Reichsb.	SH, KZ Heuberg	20. 3.– 12. 7. 33	
13	Matthias K.	Liptingen	Ldw., Bez.rat	Z	Meldung	März 1933	Nannte Hitler einen »Slowacken« (18. 2. 33)
14	Philip M.	Stetten a.k.M.	Ldw., Wagner	KPD	Haussuchg., Vernehmung, Meldung	2. 4. 33	Verdacht wg. Kurierdienst

15	ders.				SH	22. 4.– 12. 5. 33	Erneuter Verdacht der Kuriertätigkeit und des Kontakts m. Inhaftierten
16	Johann R.	Stetten a.k.M.	Schuhmacher	KPD (Orts-kassier)	Verneh-mung, Meldung	April 33	Verdacht des Kontakts zu inhaftierten Kommunisten (R. hat seine Werk-statt im SH-Lager Heuberg)
17	ders.				SH, KZ Heuberg	19. 4.– 12. 5. 33	Erneuter Verdacht auf Kontakt mit Inhaftierten
18	Thomas F.	Ludwigshafen	Arbeiter	KPD	SH, KZ Anken-buck	April 33	Führende Rolle bei politischen Auseinandersetzungen in Stockach
19	Karl L.	Volkertshausen	?, Gemeinderat	SPD	SH	Mai 33	»Grundsätzl. Gegner der neuen Regierung«, Nichtbeteiligung an den 1. Mai-Feiern.
20	ders.				SH	4. 7. 33	Beschwerde der NSDAP-Kreisltg. wegen Beleidig. von Parteigenossen
21	Matthäus H.	Reute	Landwirt	Z (?)	30.– RM Strafe	Mai 1933	Beleidigung des Stützpunktleiters, der Partei und des Kanzlers
22	Ernst D.	Stetten a.k.M.	Hilfsarbeiter	SH, KZ Heuberg		27. 5. 33	?
23	Albert Z.	Meßkirch	Redakteur	Z	SH	Mai 33	»Gehässiger Redakteur«, Feind des Nat.-soz.
24	Ferdinand S.	Nenzingen	Arbeiter		Haus-suchung, SH	10. 3. 33	Waffenbesitz (rostiger Revolver)
25	Josef S.	Hartheim	Bauernvereins-vorstand		SH, KZ Heuberg	23. 6. 33	Regierungsfeindl. Äußerungen
26	Friedrich S.	Meßkirch	Holzhändler		SH, KZ Heuberg	30. 6.– 22. 7. 33	Äußerung, man solle Hugenberg zum Teufel jagen
27	? R.	Honstetten	Kath. Pfr.		SH	Juni 33	Weigerung, zu einer Prozession Hakenkreuzwimpel zuzulassen
28	Ernst K.	Stockach	Sparkassen-buchhalter	Kath. Ges.-Ver.	SH	Juni 33	Beleidigung der Reichsregierung
29	? F.	Stockach	Redakteur	Z	Haus-suchung	30. 6. 33	
					SH	1. 7.– 12. 7. 33	Verdacht der Beziehung zum Kath. Gesellenverein und des Versteckt-haltens von Akten desselben

Lfd. Nr.	Name	Ort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahme	Datum	Grund/sonstige Bemerk.
30	Friedrich D.	Espasingen	Landhelfer		SH	17. 7.– 24. 7. 33	Äuß., Hitler werde nur vorgeschoben, hinter ihm stehe das Kapital
31	Albert Z.	Meßkirch	Redakteur		2. SH Heuberg	28. 7. 33	Wegen Rückkehr nach Meßkirch trotz Ortsverweises
32	N.N.	Volkertshausen		SPD	Festnah.	Juli 33	Früherer SPD-Funktionär
33	Hermann M.	Volkertshausen	Schneidermeist.	Stahlh.	Anzeige	Juli 33	Versuchte, f. d. Stahlhelm zu werben, damit »die andern nicht machen können, was sie wollen«. Die Hitlerbewegung sei ohnehin bald erledigt.
34	Karl B.	Ludwigshafen	KPD	Schriftsteller	SH, KZ Heuberg Postbeschlagnahme, Überw.	Juli 33	Verdacht staatsfeindl. Betätigung, Verdacht auf Kuriertätigkeit
35	J. Sch.	Meßkirch	Kath. Ges.-Verein		6 M G durch SoG	August 33	Äußerte i. e. Brief nach Stuttgart abfällige Bemerkungen über Reichsregierung
36	Johann B.		Ldw.		SH erwogen	August 33	Bemerkung, die Säue würden billiger, er werde nicht mehr Hitler wählen
37	Albert Ä.	Espasingen	Fabrikarb., arb.los	KPD	SH 4 Wo	August 33	Besitz illeg. KPD-Literatur. V.e.
38	N.N.	Meßkirch	Handwerker		?	August 33	Weigerte sich anläßl. e. Kundgebung, beim Absingen des Deutschlandliedes die Hand zu erheben
39	Peter M.	Wahlwies	Former		SH	17. 9.– 26. 10. 33	»Wir haben heute eine Scheißregierung. Ich muß schuften wie noch nie in meinem Leben und habe dabei nichts zum Fressen. . .«
40	Hermann M.	Volkertsweiler	Ldw., Ziegeleiarbeiter		SH eindringliche Verwarnung	Sept. 33	»Das Großkapital regiert, Hitler hat nichts zu sagen, er ist nur der Hampelmann vom Hugenberg« (Aufhebung der SH nach 3 Tg. wg. Beweisnot)

41	Otto E.	Rohrdorf	Ldw.		SH	Sept. 33	Wiederholte abfällige Äußerungen über Maßnahmen der Regierung, »Miesmacherei«.
42	Karl H.	Stockach	Former	KPD (Unterkassier)	SH	4. 3. 33 und vom 30. 10.– 18. 11. 33	Verkehr mit Kommunisten; KPD-Funktionär, Aufbewahrung des Vervielfältigungsapparates der KPD
43	Karl B.	Stockach		KPD (?)	Ermittl.	Oktober 33	Verdacht auf Abhören ausländ. Sender (Radio Moskau)
44	Klemens S.	Nenzingen	Kath. Pfr.		Hausarrest, Ortsverweis	Oktober 33	Verweigerung des Dt. Grußes
45	Johann Sch.		Zimmermann		SH	Oktober 33	Abfällige Äuß. gegen die Regierung. Bekenntnis zum Kommunismus, Widerstand gegen Festnahme.
46	Robert R.	Zoznegg	Sattler		Haussuchung Meldung	Oktober 33	Verdacht auf Besitz komm. Schriften, unterlassenes Grüßen der Fahnen
47	Franz R.	Zoznegg	?		wie Nr. 46	Oktober 33	Besitz politischen Materials von Gewerkschaften u. Reichsbanner
48	Josef K.	Sentenhart	Ldw.		SH	Nov. 33	»Kann der eingeleiteten Entwicklung nicht zustimmen und hat sich nicht die gebotene Zurückhaltung auferlegt«
49	Josef E.	Hindelwangen	Knecht		SH	Nov. 33 (10 Tg)	Bekennt sich zur Abgabe der einzigen Neinstimme in Hindelwangen. Äuß., lieber als auf seinem Hof sei er auf Ankenbuck.
50	Sophie K.	Stockach		KPD/ IAH	Meldung	Nov. 33	Verdacht kommunist. Umtriebe
51	Wilhelm M.	Nenzingen			SH	Nov. 33	Besuch bei Pfr. Stehle i. Gengenbach
52	Erwin M.	Bodman	Landarb.		SH	Nov. 33 (18 Tg)	Verdacht der Betätigung für die KPD; Entlassung wegen Beweisnot
53	Gottlieb Z.	Zizenhausen/ Konstanz	Hilfsarbeiter		SoG 7 M G	Nov. 33	Äuß., Torgler-KPD sei unschuldig. Der Reichstagsbrand gehe auf die Nazis zurück, damit diese die Kommunisten verfolgen könnten

Lfd. Nr.	Name	Ort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahme	Datum	Grund/sonstige Bemerk.
54	Franz B.	Stockach	Mechaniker	KPD	SH	ab 29. 11.	Sammlung für die illeg. KPD
55	ders.				Anklage	Jan. 34	Anklage wegen Neubildung u. Weiterführung verbot. Parteien.
56	Karl R.	Stockach		KPD	Meldung	Dez. 33	Verdacht der Neubildung u. Weiterführung von Parteien
57	Gustav H.	Heudorf			SH 100.– RM	Dez. 33 (3 Tg)	Äußerung, auf der Kreisleitung sei Schmutzbeutelarbeit, die Stützpunktleiter seien Dreckspatzen
58	August R.	Wahlwies	Müller		Ermittl. Haussuchung	Dez. 33	»Fanatischer Gegner unserer Regierung«
59	Ignaz B.	Zizenhausen			SH erw.	1933	Äußerung aus Rivalität
60	? S.			ehem. SA-Scharführer	G	Jan./Febr. 34	Hat zusammen mit V. (Nr. 61) eine Dreipfeilfahne gehißt, das Zeichen der »Eisernen Front«.
61	? V.			ehem. SA-Mann	G	Jan./Febr. 34	Vgl. Nr. 60
62	Wilhelm B.	Müllheim/Ruhr z. Zt. Bodman	Notstands-Arb.		SH	Febr. 34 (8 Tg)	Verächtlichmachen der Regierung (»Wißt Ihr, was Hitler braucht? Rot Front, Rot Front, Rot Front!«)
63	Robert E.	Stockach	Direktor		Meldung SH	4.–10. 3. 34	Eintreten für einen jüdischen Bürger und beleidigende Äuß. gegen die Kreisleitung
64	Oskar J.	Orsingen	Ldw.		10.– RM	April 34	Äuß. über Erbhofgesetze
65	Leo L.	Stockach	Metzger	KPD	SH	13.–15. 5. 34	Besitz kommunistischen Materials
66	Franz W.	Mühlingen		Z	SH	13. 6. 34 (8 Tg)	Diverse Äuß., u. a. an Fronleichnam: »Es ist traurig, was wir jetzt für Uniformen und Fahnen haben«
67	Johann B.	Mühlingen	Händler	Z, Stahlhelm	SH	14. 6. 34 (8 Tg)	»Es dürfen ja keine ausländ. Zeitungen mehr gelesen werden, damit der Schwindel der getrieben wird, nicht herauskommt. Wir stehen vor d. Bankrott, die Mark ist nur noch 1 Pfg. wert«.

68	Theresia S.	Stockach		KPD	Verwarnung	Juni 34	T. S. hatte Leo L. (Vgl. Nr. 65) nach seiner Entlassung aus der SH begrüßt: »So, Leo, bist Du wieder draußen! Es ist eine Ehre für Dich, ein Arbeiter kann stolz darauf sein!«
69	Karl J.	Reute	Ldw. Metzger		SH	Oktober 34 (8 Tg)	»Hitler lebt in einem Jahr nicht mehr. Die Kugel für ihn ist schon gegossen«
70	Alois G.	Zizenhausen	Reisender	KPD	Ermittl. SH	Dez. 34	Abfäll. Äuß. über Regierung (Rohstoffmangel und Preiserhöhungen) Vgl. Nr. 8
71	Karl K.	Zizenhausen	Steinhauer		SH KZ Kislau	Dez. 34 (14 Tg)	Schimpfen über Löhne, WHW. »Wenn es wieder einmal Krieg gibt, wird es wieder anders, dann schießen wir nach hinten, dann kommen wir ans Ruder«.
72	Fritz L.	Mahlspüren	Ldw.		SH	Dez. 34 (14 Tg)	Abfäll. Äuß., Schimpfen über das ewige WHW-Sammeln, Verächtlichmachung des dt. Grußes
73	Fritz K.	Bodman	Ldw.		SH	19. Jan. 34 (8 Tg)	Schimpfen auf WHW-Sammlung, Verächtlichmachung des dt. Grußes.
74	Gerhard P.	Bodman	Notstandsarb. (Landhelfer)		SH, KZ Kislau	Febr. 35	?
75	Willi M.	Ludwigshafen	Ldw.		Ermittl., 25.–RM	Febr. 35	Behauptung, er sei ein Opfer des Dritten Reiches; den verstorbenen Kommunisten F. habe man verhungern lassen.
76	Josef Sch.	Eigeltingen	Kath. Pfr.		Ermittl. Beobach.	Juni 1935	Ankündigung zu einer Predigt über Devisenprozesse u. ä.
77	N.N.	Beuren a.A.	Ldw.		SH	Mitte 1935 (3 Wo)	hatte erklärt, er gebe erst wieder etwas fürs WHW, wenn er wisse, woher Göring das Geld für die Diamanten seiner Frau habe
78	Wilhelm M.	Stockach	Packer		SH	Juli 35 (8 Tg)	Äuß. zu einem Arbeiter, er sei der »gleiche Schafseckel« wie die »Hälfte der Nationalsozialisten«

Lfd. Nr.	Name	Ort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahme	Datum	Grund/sonstige Bemerk.
79	Walter C.	Mahlspüren	Ldw.		Anzeige	Juli 35	Vergehen gegen das Heimtückegesetz. Äuß., der Militarismus sei ein großer Schwindel
80	Franz B.	Nenzingen	Kath. Pfr.		Verwarn. Andr. von SH im Wiederholungsf.	August 35	Kanzelmißbrauch
81	? U.	Espasingen	Schneider		SH, SoG	Aug. 35	Äußerung, die Juden würden in Wirklichkeit gebraucht, um die Rüstung zu finanzieren
82	Franz B.			zentr.-nah	Verwarn.	Nov. 35	Beleidigende Äuß. und angebl. Drohung. Vor 1933 habe er stets die NSDAP-Plakate abgerissen. Mit Rücksicht auf B.s Invalidität wird die Forderung des Ortsgruppenleiters nach KZ-Verwahrung zurückgestellt.
83	Wilhelm B.	Mahlspüren	Ldw.		SH, Verwarn.	Nov. 35	Äuß. über Gesetze der Milch- und Fettwirtschaft, diese seien Gewaltmaßnahmen (Eröffnung eines Strafverfahrens i. S. des Gesetzes gegen heimtück. Angriffe vom Bezirksamt abgelehnt)
84	Konstantin M.	Kaltbrunn, z. Zt. Stockach			SoG		Äuß., das Dritte Reich bestehe *n*ur *s*olange *d*ie *A*ffen *p*arieren. Ausgang vor SoG Mannheim unbekannt
85	Anton S.	Volkertshausen	Fabrikarbeiter	früher SPD (Kassier)	SH in Kislau	2. 12. 35–14. 3. 36	Kritik über Bevölkerungspolitik, Kriegsvorbereitung, Zweifel an der NS-Arbeitslosenpolitik
86	Johann F.	Zizenhausen	Gußputzer	»alter Kämpf.«	SH 6 M G (SoG)	Febr. 36	»Schwerwiegende staatsfeindliche Äußerungen«, u. a. der Arbeiter werde heute ausgebeutet
87	Otto K.	Stockach	Kath. Pfr.		600.– RM	Febr. 36	»Kanzelmißbrauch«

88	Maria H.	Gallmannsweil	Haustochter		Meld. Gestapo Konstanz	Mai 36	»Hitler spricht immer vom Kinderaufziehen. Er soll doch selbst ein Dutzend Kinder in die Welt setzen. Der Führer ist ein fauler, liederlicher Siech«.
89	Wendelin D.	Schwenningen	Hilfsarbeiter		Ermittl.	Juli 36	»Unwahre Behauptung tatsächlicher Art«
90	Matthias S.	Stetten	Gipser		SH	Nov. 36	Beschimpfung von WHW-Sammlern
91	Albert K.	Honstetten	Arb., Ldw.	Symp. d. KPD	SH, Haussuchung, Ankl. vor SoG	Nov. 36	Äuß. zum Spanischen Bürgerkrieg, Sympathien für die Roten Brigaden. Hauptverhandlung vor SoG am 12. 2. 37 mit unbekanntem Ausgang
92	Johann G.	Schwenningen	Ldw.		Anzeige, Ortsarrest	Dez. 36	Vorwurf liederlicher Verwaltung gegenüber Gemeinde, Stützpunktleiter und Bürgermeister
93	Engelbert R.	Krumbach	Schmied, Ldw.		?	Januar 37	Zweifel an der Regierung
94	Willi B.	Stetten a.k.M.	Maler		Anzeige, Haft	März 37	Äußerte, er habe bei einem Nazi gewohnt, da sei es in Spanien doch besser. Er sei kein Nazi und gehe nach Spanien.
95	Alfred Sp.	Ludwigshafen	Kath. Pfr.		Gend.-bericht	März 37	Hintertreiben der NSV-Politik
96	Anna L.	Ludwigshafen	Haushälterin von Nr. 95		desgl.	März 37	desgl.
97	Alban R.	?	Schlosser		3 M G (Schöff.-ger. KN)	März 37	anonyme Beleidigungen im Brief
98	Werner M.	Ludwigshafen	Kunstmaler		500.– RM u. Kost. d. Verf.	März 37	Zahlreiche Äuß. z. Nachteil örtlicher NS-Funktionäre und Parteimitglieder
99	Alois B.	Hoppetenzell	Kath. Pfr.		Ermittl., Gestapobericht	März 37	»Kanzelmißbrauch«
100	Wilhelm M.	Stockach	Steuersekretär a. D.		SH, Ank. vor SoG	April 37	Verächtlichmachung der dt. Staatsjugend. Nach 9 Wo SH zu 3 M 1 Wo G verurteilt

Lfd. Nr.	Name	Ort	Beruf	Zugehörigkeit	Maßnahme	Datum	Grund/sonstige Bemerk.
101	Stefan M.	Stahringen	Kath. Pfr.		Eindr. Verwarn. Androh. schärf. Maßn.	Mai 37	»Kanzelmißbrauch«
102	Karlpeter N.	Stetten a.k.M.	Schmied	KPD	SH	Sept. 37	Bekenntnis zur KPD; er wechsle seine Gesinnung nicht.
103	Anton M.	Wiechs	Bäuerin		Anzeige, 25.– RM	Nov. 37	Ablehnende Äußerung gegen NS-Frauenschaft, Kritik an Hitler und seiner Regierung. Die Zeit vorher sei besser gewesen, jetzt müsse man alles so billig hergeben.
104	Ernst H.	Schwandorf	Molkereivorstand, Ldw.		Meldung	7. 3. 38	Kritik an der Bauernpolitik und am Reichsnährstand
105	Josef B.				SH, Verlegung nach KZ Dachau	Mai 38	?
106	N.N.		Straßenwärter		Entlass.	Frühj. 38	Hatte erklärt, jeder sei frei und könne wählen, was er wolle.
107	? L.	Glashütte	Kaplan		Ermittl. Bericht	Jan. 39	Äußerung im Religionsunterricht (L. zieht von selbst weg)
108	Heinrich H.	Gutenstein	Kaufmann		Ermittl. Bericht SoG 1 J 6 M G	April 39	Schrieb einen anonymen Brief an einen Schriftleiter und erklärte u. a., über die Mißstände gehöre ein Buch geschrieben.
109	Otto B.	Stockach	Bezirkszollkommissar		Zurruhesetzung		»§ 6 des Gesetzes, Schwere Beleidigungen des Führers«
110	Eugen B.	Zizenhausen	Bahnhofsaufseher		Strafversetzung		»Verbissener Zentrumsmann und Gegner. Schwere Beleidigungen des Führers«
111	Julius B.	Stockach	Reichsbahnsekretär		Strafversetzung		»Gegner von Partei und Staat«

112	Kaspar D.	Stockach	Amtsgerichts-rat	Strafver-setzung	»Schärfster Gegner der NSDAP, Mitglied des Zentrums und dessen Landtagsabg«.
113	Hugo D.	Schwacken-reute	Oberbahnhofs-vorsteher	Strafver-setzung	»Verkehr mit SPD-Kreisen«
114	Willy D.	Stockach	Steuerinsp.	Versetz.	?
115	Stefan E.	Stockach	Revisions-inspektor	Zunächst Versetz. jetzt Zurruhe-setzung	»Mitglied d. Zentrums und dessen Vors. in Stockach. Heute noch fanatischer Zentrumsmann und hysterisch konfessionell. Förderung der Kirchenreaktion«.
116	Karl G.	Stockach	Zollsekretär	Strafver-setzung	Fanatischer Zentrumsanhänger und scharfer Gegner. Glaubte, vom Stahlhelm aus gegen die Partei arbeiten zu können«.
117	Heinrich H.	Stockach	Gend.-Owachtm.	Versetz. u. Zur-ruhesetz.	»Stand der KPD nahe«
118	Alfred R.	Stockach	Justizrat	Wurde ausge-schieden	»Jude«
119	August S.	Stockach	Justizinsp.	Versetz.	»Erster Vors. des Zentrums in Stockach, kath. Zentrumsgemeinderat«
120	Franz T.	Stockach	Steuerinsp.	Versetz.	Gegner von Partei und Staat. Grenzgefährlich. Politischer Hochstabler« (sic!)
121	Sebastian W.	Stockach	Steuersekretär	Versetz.	»Verbissener Zentrumsmann. Scharfer Gegner«.

Ausgewählte Dokumente zum Widerstand und zur Resistenz im ehemaligen Bezirk Stockach

Auch die ausgewählten Dokumente, die das Phänomen des Widerstands wie der weltanschaulichen und humanitären Resistenz einigermaßen repräsentativ wiederzugeben versuchen, sind chronologisch geordnet. Alle Ergänzungen oder Auslassungen des Bearbeiters sind in eckigen Klammern vermerkt. Wo möglich, wurde der Ausgang eines Konflikts bzw. das Strafmaß mit näheren Angaben am Ende eines Dokuments nachgetragen.

Dok. 1
Gendarmerie Bezirk Stockach — Stockach, 4. März 1933
J. No. 1010
Das Bezirksamt Stockach
Inschutzhaftnahme der kommunistischen Funktionnäre[!]
Am 4. März 1933 wurden die nachstehenden kommunistischen Funktionäre in Schutzhaft genommen und an den angeführten Zeiten in das Bezirksgefängnis in Stockach eingeliefert:
1.S [. . .] A [. . .] von Stockach 8.30 Uhr
2.Z [. . .] A [. . .] von Stockach 8.50 Uhr
3.H [. . .] K [. . .] von Stockach 9.30 Uhr
4.W [. . .] K [. . .] von Zizenhausen 10.15 Uhr
5.S [. . .] E [. . .] von Stockach, 13.15 Uhr
6.L [. . .] K [. . .] von Nenzingen 16.20 Uhr
7.B [. . .] M [. . .] von Zizenhausen 19.45 Uhr
Die Inschutzhaftnahme erfolgte auf Funkspruch Nr. 41 vom 1. 3. 33. Die bei den Funktionären der kommunistischen Partei Deutschlands vorgenommenen Durchsuchungen nach Flugschriften und anderen Plakaten, sowie nach Waffen, verliefen ergebnislos.
[Unterschrift] Oberwachm.[eister]

Dok. 2
Gendarmeriebezirk Stockach — Stockach, den 7. März 1933
J. No. 1031
Bezirksamt Stockach.
Durchführung der Verord[nung] des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes v[om] 4. II. 1933
Bei der am 4. III. 1933 bei dem kommunistischen Funktionär K[. . .] H[. . .] in Stockach gemäss Funkspruch vom 1. III. 33 No. 41 vorgenommenen Durchsuchung wurde ein Vervielfältigungsapparat vorgefunden. Mit diesem Vervielfältigungsapparat hat die K.P.D. Ortsgruppe Stockach ihre Flugschriften hergestellt.
Um eine weitere Herstellung von Flugschriften unmöglich zu machen, wurde der Vervielfältigungsapparat beschlagnahmt und auf dem Dienstzimmer der Gendarmerie in Stockach in Verwahrung genommen.
Der Eigentümer des Vervielfältigungsapparates konnte bis jetzt nicht festgestellt werden, da H[. . .] dessen Angabe verweigert.
[Unterschrift] Gend[armerie] Hauptwachtmeister
[Der Abziehapparat gehörte einem Stockacher Handwerksmeister, der ihn der KPD-Ortsgruppe Stockach leihweise überlassen hatte. Der Handwerksmeister verfügte daraufhin, daß der Apparat künftig der NSDAP-Kreisleitung zur Verfügung stehen solle. Die neue Zweckbestimmung wurde angenommen. M. B.]

Dok. 3
Gendarmerie Bezirk Stockach — Stockach, 11. März 1933
J. No. 1108
Inschutzhaftnahme der leitenden Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung.

Zufolge Funkspruch aus Karlsruhe vom 10. 3. 33 No. 14 wurden am 10. 3. 33 die nachstehenden Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung, von denen zu befürchten ist, daß eine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beabsichtigt war, in Schutzhaft genommen und in den angeführten Zeiten in das Bezirksgefängnis in Stockach eingeliefert.
1.K[. . .] L [. . .] von Nenzingen, 18.30
2.F[. . .] S [. . .] von Nenzingen, 18.30
3.J[. . .] – B [. . .] K [. . .] von Zoznegg 18.30
4.A[. . .] G [. . .] von Zizenhausen 17
5.F[. . .] S [. . .] von Stockach 23.30

[Unterschrift] Gend[armerie] kommissär.

Dok. 4
Anzeige gegen M[. . .] K [. . .] Landwirt und Bezirksrat, wohnhaft in Liptingen, wegen Beleidigung des Herrn Reichskanzlers Adolf Hitler.
Auf die vorstehende Weisung des Bezirksamts Stockach vom 15. März 1933, habe ich den Landwirt und Bezirksrat M [. . .] K [. . .] wohnhaft in Liptingen, dessen Personalien angeschlossen sind, zur Sache gehört und gab derselbe auf Vorhalt wie folgt an.
»Am 18. Februar 1933 abends, hatte der Männer-Gesangverein Liptingen, im Gasthaus zum Löwen, die Generalversammlung für das Jahr 1932. Bei dem Männer-Gesangverein Liptingen, bin ich I. Vorstand und habe als solcher die Versammlung geleitet. Die Versammlung hat im Wirtschaftslokal stattgefunden. Am Schlusse der Versammlung, nachdem sich eine große Anzahl der Mitglieder entfernt hatte, begab ich mich von meinem bis dahin inne gehabten Platze, an den runden Tisch im Wirtschaftslokal. An diesem runden Tisch waren noch verschiedene Vereinsmitglieder anwesend, wie z. B. der Dirigent Hauptlehrer P [. . .] Ratschreiber J [. . .] K [. . .], A [. . .] S [. . .], P [. . .] S [. . .] und noch andere Personen, an welche ich mich nicht mehr erinnern kann. Nachdem ich am runden Tisch gesessen habe, kamen wir untereinander auf die vergangene und jetzige Politik, so z. B. auf Reichskanzler a. D. Brüning und Hitler zu sprechen. Im Laufe des Gesprächs sagte Ratschreiber K [. . .], dem Zentrum und dem Brüning seine Sache, wäre nichts gewesen. Ich gab demselben zur Antwort, ich könne Hitler persönlich auch nichts abgewinnen, er sei kein Deutscher, er sei ein Slowack. Ich fügte aber noch hinzu, das System an sich selbst, verwerfe ich nicht einmal. Der Gedanke an eine Beleidigung des Herrn Reichskanzlers Hitler, lag mir vollständig fern. Ich wollte mit meiner Aussage nur zum Ausdruck bringen, er sei kein geborener Deutscher, er sei ein Slowack. Die ganze Sache war noch in der Zeit der Wahlpropaganda, als man noch nicht wußte, wie die Wahl am 5. März 1933 ausfallen werde. Wie schon erwähnt, hatte ich nicht die Absicht, mit meiner Äußerung, den Herrn Reichskanzler Hitler zu beleidigen. Heute würde ich selbstverständlich eine solche Äußerung nicht mehr machen«.
Unterzeichneter
Über den Leumund des Landwirts und Bezirksrats M [. . .] K [. . .] ist bisher nichts Nachteiliges bekannt geworden.
K [. . .] ist Anhänger der Zentrumspartei und als solcher wurde er in den letzten Wahlen, als Gemeinderat und zum Bezirksrat gewählt. Weil K [. . .] die ihm zur Last gelegte beleidigende Äußerung gegen den Herrn Reichskanzler Hitler zugegeben hat, habe ich von der Einvernahme der angegebenen Zeugen, Umgang genommen.
Aus Anlaß der Generalversammlung des Männer-Gesangvereins Liptingen, wurde vom Bürgermeister, dem Wirt O [. . .] S [. . .], Polizeistundenverlängerung bis 2 Uhr erteilt.
Der Staatsanwaltschaft Konstanz wurde gleichlautende Meldung vorgelegt.

[Unterschrift]

Dok. 5

Stockach, den 18. 3. 1933

Unterstützung der Familien in Schutzhaft genommener Kommunisten
Die Frauen der in Schutzhaft genommenen Kommunisten G [. . .] und W [. . .] in Zizenhausen wurden vorstellig und erklärten, ihre Familien seien infolge der Haftnahme ihrer Ehemänner nicht mehr in der Lage, sich durchzubringen. Auf den Hinweis, sie sollten sich an den Bürgermeister wenden, da die Gemeinde der für eine etwaige Unterstützung zuständige Fürsorgeverband sei, erwiderten beide, sie seien beim Herrn Bürgermeister in Zizenhausen gewesen, derselbe habe aber eine Unterstützung rundweg abgelehnt mit der Bemerkung: »Wer die Musik bestellt hat, muß auch die Kosten tragen«. Es wurde ersucht, die Gemeinde auf ihre Verpflichtung hinzuweisen und sie zur Gewährung einer entsprechenden Unterstützung zu veranlassen.

Dok. 6

Stockach, den 21. 3. 33

Herrn Landrat Dr. Dittler,
Hier
Erlaube mir bei Ihnen anzufragen wie es mit meiner Schutzhaft steht. Warte täglich auf meine Entlassung, jedoch vergeblich. Warum ich in Schutzhaft bin, ist mir unerglärlich [!], da ich mich in der komm[unistischen] Partei nicht mehr wie jedes andere Mitglied betätigt habe. Daß ich ein der Allgemeinheit Gefährlicher [!] Mensch bin kann im Ernst niemand bestätigen, wie vieleicht [!] einige Feinde, denen es Spaß macht, einen Familienvater mit 3 Kinder [!] hinter die Gitter zu bringen. Erwarte von Ihnen Herr Landrat, daß Sie meine Sache nachprüfen lassen. Einige Worte in der Hitze gesprochen können einem Politischen Gegner nicht das Recht geben einen wochenlang einzusperren.
Hochachtungsvoll
K [. . .] G [. . .]
Zizenhausen
zur Zeit im Bezirksgefängniss [!]
Stockach
[Die Gendarmeriestation Zizenhausen antwortete dem Bezirksamt, bei K. G. handele es sich um einen »ganz fanatischen, radikalen und gemeingefährlichen Anhänger der K.P.D. [. . .] Wenn er die Beiträge an die K.P.D. Ortsgruppe Zizenhausen seit 3 Monaten auch nicht mehr bezahlt hat, so war er am 31. 1. 1933 doch einer der ersten und größten Schreier bei der Kundgebung der N.S.D.A.P. und Demonstrationszug der K.P.D.« Gegen Unterzeichnung eines Revers, sich künftig jeder staatsfeindlichen Betätigung zu enthalten, wird G. am 27. 3. 1933 aus der Haft entlassen. M. B.]

Dok. 7

Stockach, den 27. 3. 1933

Der aus dem Bezirksgefängnis vorgeführte Hilfsarbeiter A [. . .] B [. . .] aus Zizenhausen erklärt: Ich verspreche, mich in der Marxistischen [!] wie überhaupt jeder staatsfeindlichen Bewegung nicht mehr zu betätigen und mich dem neuen Staat gegenüber loyal zu verhalten.
U. d. U

[Unterschrift]

[B. hatte sich in der Zeit vom 12. 3. bis 27. 3. 1933 in Schutzhaft im Bezirksgefängnis Stockach befunden M. B.]

Dok. 8

Zizenhausen, den 11. Mai 1933

Sehr geehrter Herr Wagner.
Verzeihen Sie, wenn eine arme Frau Ihre kostbare Zeit in Anspruch nimmt. In erster Reihe möchte ich Ihnen recht herzlich Danken [!], für die meinem Manne erwiesene Freiheit am weisen [!] Sonntag die auf Grund einer Eingabe an Sie Herr Wagner, von unserem l[ie]b[en] Herrn Pfarrer Kakart [?] erfolgte. Mein Mann A [. . .] G [. . .] ist seit 10. März in Schutzhaft in Stockach, am 25. März starb mir meine geliebte Mutter, am 26. April wurde mir die Kündigung meines Mannes zugestellt, der bis dahin Vorarbeiter war, bei der Firma Fahr A.G. in Stockach, und am 4. Mai die traurige Nachricht, daß mein Mann mit seinen Kolegen [!], lauter Familienväter am 5ten Mai fortkämen nach Ankenbuck b[ei] Bad Dürrheim. Wir Frauen hatten so große Hoffnung gesetzt auf 1. Mai, wir glaubten bis dahin würde unseren Männern die Freiheit geschenkt, und nun solch eine Entäuschung [!]. Vielleicht können Sie geehrter Herr Wagner dies begreifen, was das für Schläge sind für eine Frau die mit 3 Kindern dasteht, und dem 4ten entgegen sieht. Bekomme seit 2. April 7 M. für die Woche, dasselbe mußte ich in letzter Zeit allein ausgeben für Schulbücher u[nd] Heften. Habe zwei Schüler im Alter von 11 u[nd] 12 Jahren, die kleinste 2 Jahr. Was 7 M für eine Woche sind mit 4 Personen das werden auch Sie Herr Wagner begreifen. Auserdem [!] ist es mir sehr peinlich von der Gemeinde 7 M annehmen zu müssen, den bis daher haben wir uns immer wenn auch Ärmlich [!] so doch Ehrlich [!] durchgebracht, weil mein Mann auch einige Jahre Kurzarbeiter war. Jetzt da Er [!] 5 Tage arbeiten könnte ist Er fort u[nd] zudem noch Entlassen [!]. Nach allem was ich bis dahin von Ihnen geehrter Herr Wagner gelesen habe, und überhaupt von unserer jetzigen Regierung, so glaube ich annehmen zu dürfen, das [!] es nicht Absicht des jetzigen Volksführers ist, Familien u[nd] Existenzen zu Grunde zu richten. Haben von einem Manne sagen hören, der Sie geehrter Herr Wagner im Kriege kennen lernte, daß Sie immer ein äuserst [!] gerechter Vorgesetzter gewesen wären. Im Vertrauen darauf möchte ich die große Bitte an Sie richten, erbarmen Sie sich einer armen Frau u[nd] 3 armer Kinder und schenken Sie dem Manne u[nd] Vater die Freiheit, damit Er selbst wieder für die Seinen sorgen kann. Im Namen meiner Kinder besonders des noch werdenten [!] haben Sie erbarmen [!] und helfen Sie mir, denn ich Glaube [!] fest daran Sie Herr Wagner mir helfen können [!]. Gedenken Sie meines noch ungeborenen Kindes [!] was soll aus diesem werden, wenn die Mutter Not leiden muß, und nichts wie Kummer und Sorgen hat. Mein Mann hat ja nichts verbrochen, wohl hat Er gekämpft, aber nur gegen die Partei seit die Regierung durch Volksmehrheit gewählt ist, sitzt Er ja in Haft. Hat also noch gar keinen Beweis liefern können, ob Er gegen die jetzige Regierung ist, bitte geben Sie ihm doch erst die Gelegenheit dazu, indem Sie ihm die Freiheit schenken, ich stehe voll und Ganz [!] für meinen Mann ein das Er in Zukunft nur noch seiner Familie leben wird. Der Mensch für u. zu Gewaltakten ist Er schon gar nicht, dafür kann ich Ihnen Zeugen bringen aus dem [!] Reihen der N.S.D.A.P. Daß er immer Streit und Händel verhindert hat, wo Er nur konnte besonders noch vor den letzten Wahlen. Im Vertrauen auf Ihren werten Beistand u. Hilfe will ich mein Schreiben schließen.
Achtungsvollst
M [. . .] G [. . .]
Zizenhausen, Amt Stockach Baden.
[Der Brief richtete sich an den Badischen Reichsstatthalter Robert Wagner. Das Bezirksamt antwortet M. G. am 9. 6. 1933, es sehe sich vorerst nicht in der Lage, dem Gesuch um Freilassung zu entsprechen; es stelle jedoch anheim, kurze Zeit vor Niederkunft »eine neuerliche Eingabe hierher zu richten«. M. B.]

Dok. 9
Konzentrationslager Ankenbuk, den 23. Mai 1933
Tgb. Nr. 89
Schutzhäftling T [. . .] F [. . .]
In der Anlage lege ich ein Gesuch des Schutzhäftlings T [. . .] F [. . .] um Haftentlassung ergebenst vor.
Der Genannte hat sich bisher hier tadellos geführt und soviel ich beobachten konnte, durch sein ganzes Verhalten gezeigt, daß er eine innere Wandlung zum Guten durchgemacht hat. Im Hinblick darauf und auch wegen seiner familiären Verhältnisse, die wie es den Anschein hat durch eine längere Inhaftierung des F [. . .] noch mehr in Unordnung geraten würden, befürworte ich, falls dortseits keine Bedenken entgegenstehen, seine Entlassung aus der Schutzhaft.
Der Leiter
Mohr Pol[izei] Hauptmann
An das Bezirksamt Stockach

Dok. 10
Stockach, den 17. 7. 1933
Schutzhaft gegen F [. . .] D [. . .], Landhelfer in Espasingen.
D [. . .] wird vorgeführt, weil er in Espasingen am 16. 7. 1933 sagte, Hitler werde nur als Strohmann vorgeschoben und hinter ihm stehe das Kapital. Hitler besitze einen Merzedes für 40 oder 43.000 RM und habe in Berchtgaden [!] ein Objekt von 7 Millionen.
Die Akten gingen heute an die Staatsanwaltschaft Konstanz. Weisung an den Gef[ängnis]wart wurde gefertigt.
Beschluß
W[ieder] V[orlage] 24. 7.
Bezirksamt
[Unterschrift]
[Am 24. 7. 1933 verhängte die Staatsanwaltschaft Konstanz eine einwöchige Gefängnisstrafe gegen D. M. B.]

Dok. 11
Gendarmeriebezirk Stockach Stockach, 20. August 1933
Nr. 4096
Bezirksamt Stockach.
Inschutzhaftnahme des Fabrikarbeiters A [. . .] A [. . .] in Espasingen
Zufolge Weisung des Bezirksamts Stockach, vom 19. 8. 33, wurden durch den Unterzeichneten, Hauptwachtm[eister] V [. . .] und Oberwachtm[eister] H [. . .] in Ludwigshafen, bei der E [. . .] A [. . .] Witwe und deren Sohn A [. . .] in deren Wohnung in Espasingen, am 19. 8. 33, eine Durchsuchung vorgenommen.
Gleichzeitig wurde auch bei dem Bahnarbeiter E [. . .] A [. . .] in Wahlwies in dessen Wohnung durch die Hauptwachm[eister] und A [. . .] eine Durchsuchung vorgenommen.
Bei der Durchsuchung der Wohnung der Witwe A [. . .] in Espasingen habe ich unter Noten versteckt 4 Broschüren: »Mopr Zeitschrift für Kampf und Arbeit der Internationalen Roten Hilfe« 8. Jahrgang, Heft No. 7, Ausgabe Zürich, Juli 1933. Ausgabe Mopr Verlag Zürich, Granitweg 6. Weitere Sachen und Schriften wurden nicht gefunden. Witwe M [. . .] A [. . .] in Espasingen, deren Personalien angeschlossen sind, über den Grund unseres Erscheinens belehrt, gab zur Sache vernommen an: Ich war mit dem Former E [. . .] A [. . .] verheiratet und wohnten wir in Espasingen. Im Jahre 1928 ist mein Mann verstorben. Aus der Ehe besitze ich 7 Kinder, wovon noch 6 am Leben sind. Zwei Söhne und eine Tochter sind verheiratet. Eine Tochter ist in Ravensburg in Stellung, eine Tochter im Kloster und der jüngste Sohn A [. . .] noch bei mir zu Hause. Mein Sohn A [. . .] hat bisher in kommunistischen Kreisen Umgang gehabt. Die Kom-

munisten Z [. . .] und H [. . .] in Stockach haben meinen Sohn A [. . .] oft besucht, doch seit März 1933 sind diese nicht mehr in meine Wohnung gekommen. Ich habe den Umgang meines Sohnes A [. . .] mit diesen Personen nicht gerne gesehen, doch konnte ich dagegen nichts unternehmen, da auch meine Ermahnungen nicht befolgt worden sind.
[. . .]
Fabrikarbeiter A [. . .] A [. . .] von Espasingen, dessen Personalien angeschlossen sind, gab auf Vorhalt an: »Ich bin in Espasingen als jüngstes Kind meiner Eltern geboren. Meine Eltern wohnen seit ich denke in Espasingen und arbeitete mein Vater zuletzt bei Allweiler in Radolfzell. Im Jahre 1928 starb mein Vater. Ich wohne mit meiner Mutter allein noch in Espasingen. In Espasingen besuchte ich die Volksschule und kam nach der Schulentlassung in die Spinnerei Rißtorf, woselbst ich 7 Jahre in Arbeit stand. Zuletzt arbeitete ich bei Allweiler in Radolfzell, bis 18. 4. 31. Seit dieser Zeit bin ich arbeitslos. Ich erhielt zu Anfang Arbeitslosenunterstützung, jedoch später nicht mehr. Durch Vereinbarung mit der Schweiz beziehe ich seit 15. 1. 33 Krisenunterstützung von wöchentlich 2,50 RM. Es ist richtig, ich war bis zum Jahre 1931 eingeschriebenes Mitglied der K.P.D. und habe bis dahin auch die Beiträge bezahlt. Aus der Partei bin ich ausgetreten, weil es mir nicht mehr gefallen hat. Mit den Parteimitgliedern H [. . .] und Z [. . .] stand ich noch in freundschaftlichem Verkehr. . .«
[Nach einer Meldung der Bodensee-Rundschau vom 23. 8. 1933 wurde Ä. »nach einer unangemeldet vorgenommenen Haussuchung sofort ins Stockacher Amtsgefängnis eingeliefert«. Am 26. 9. 33 stellte die Staatsanwaltschaft Konstanz das Verfahren gegen Ä. ein, da »die angestellten Ermittlungen keinen genügenden Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage« boten. M. B.]

Dok. 12

Gend.-Bezirk Stockach — Mühlingen, den 20. 9. 1933
Station Mühlingen
Nr. 465
An das Bezirksamt
Stockach
Das antinationale *Verhalten* des Landw[irts] und Ziegeleiarbeiters H [. . .] M [. . .] in Volkertsweiler.
Am 18. 9. 1933, machte mir der Landwirt E [. . .] H [. . .] von Volkertsweiler die Anzeige, daß der Landw[irt] und Ziegeleiarbeiter H [. . .] M [. . .] in Volkertsweiler im Monat April 33, nach der Reichstagswahl, anläßlich einer politischen Unterhaltung, den Herrn Reichskanzler *Hitler* in gemeiner Weise herabgewürdigt und verächtlich gemacht habe, indem M [. . .] wörtlich gesagt habe: »Das Großkapital regiert, Hitler hat nichts zu sagen, er ist nur der Hampelmann von Hugenberg, das werdet Ihr doch endlich einsehen müssen«.
[. . .]
[M. wurde nur drei Tage in Schutzhaft behalten, weil die angebliche Äußerung bereits fünf Monate (!) zürücklag und der genaue Wortlaut nicht mehr wiedergegeben werden konnte. Der anzeigende Landwirt E. H. wurde gerügt, die ihm bekanntgewordene Äußerung erst so spät und aus persönlichen Gründen gemeldet zu haben, während M. verwarnt wurde. M. B.]

Dok. 13

Stockach, den 22. IX. 1933

Pfarrer Klemens Stehle in Nenzingen
Beschluß
I. An den Herrn Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz *Karlsruhe*
Pfarrer Stehle in Nenzingen, der als besonders scharfer Gegner der nationalen Bewegung bekannt war, scheint sich auch heute noch nicht umgestellt zu haben. Es gehen immer wieder Klagen darüber ein, daß er die Anordnungen der nationalen Regierung nicht entsprechend be-

achte und im Religionsunterricht in versteckter Weise gegen sie hetze. Die Erbitterung der hinter der nationalen Regierung stehenden Kreise in Nenzingen ist groß und bei jedem Anlaß mit Zusammenstößen zu rechnen.
Vor einigen Tagen kam es nun wieder zu einer Auseinandersetzung zwischen Pfarrer Stehle und der Führerin des BdM, weil mit ihren Mädchen an Pfarrer Stehle vorbeimarschierend nur sie ihn und mit »Heil Hitler« grüßte. Bei der Zurredestellung der Führerin äußerte Pfarrer Stehle, es müsse eine Regelung dieser Fragen durch die kirchlichen Behörden erfolgen, aber selbst wenn der Herr Erzbischof den deutschen Gruß allein anordne, werde er es nicht für in Ordnung halten, den katholischen Gruß einfach auszuschalten.
Als diese Vorgänge im Dorf bekannt wurden, entstand eine große Erregung unter der NSDAP und ihren Anhängern, so daß der Kreisleiter beantragte, Stehle in Schutzhaft zu nehmen oder ihm wenigstens Hausarrest zu verordnen. Wir gaben dem letzteren Antrag statt und ließen dem Pfarrer Stehle durch den Herrn Dekan noch besonders einschärfen, auch nicht zum Zwekke des Messelesens in die Kirche zu gehen, sondern das Pfarrhaus nicht zu verlassen.
Diese Weisung will Pfarrer Stehle durch seine Schwester, welche am Fernsprecher war, nicht mitgeteilt bekommen haben. Er ging heute morgen in die Kirche, worauf der Herr Kreisleiter seine Festnahme erbat. Wir ließen Stehle darauf durch den Gendarmeriebezirksführer hierher bringen – der Herr Kreisleiter nahm beide in seinem Kraftwagen mit – und aufgrund einer Aussprache, an der außer Pfarrer Stehle auch Dekan Kern teilnahm, kamen wir zu der Einsicht, daß eine Rückkehr Stehles nach Nenzingen nicht in Frage komme, wenn man keine Gewalttätigkeiten gegen ihn in Kauf nehmen wolle, wir haben ihm daher aufgegeben, sich im hiesigen Pfarrhaus bei Dekan Kern aufzuhalten, bis die Entscheidung des Ordinariats ergangen sei, welche Dekan Kern fernmündlich einholen wollte.
Nach Lage der Verhältnisse in Nenzingen halten wir eine Entfernung des Pfarrers Stehle aus seinem bisherigen Wirkungskreis für unumgänglich und ersuchen um entsprechendes Benehmen mit dem erzb. Ordinariat. Unsere Akten (1 Heft) sind angeschlossen.
Bezirksamt
[Handzeichen]
[Nach seiner Versetzung nach Gengenbach schrieb Pfarrer Stehle an den Kirchenrechner M. in Nenzingen folgenden Brief, der durch das Bezirksamt an das Ministerium des Kultus des Unterrichts und der Justiz gelangte]

Dok. 14 G[engenbach] 28. September 1933
Lieber Herr Rechner!
Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Zeilen und das Aktenstück. Ich sehe in diesen Tagen weniger auf das Unrecht einer Minderheit, ich sehe auf die große Treue einer Mehrheit und freue mich darüber. Man kann in Karlsruhe mit der vorgebrachten Beschwerde nichts anfangen, verlangt aber meinen Verzicht auf die Pfarrei wegen meiner früheren literarischen Tätigkeit. Das widerspricht dem Konkordat, deshalb werde ich nicht verzichten. Die Vakanz in Nenzingen wird den Eifer nicht abflauen lassen sondern ihn innerlich festigen. Zeiten der Verfolgung waren immer die größten in der Kirche. Man kann einen Priester vertreiben, aber man kann die Liebe nicht aus den Herzen reißen und mann [!] kann seine Werke nicht forttragen. Deshalb mögen alle ruhig weiterarbeiten, als ob nichts geschehen wäre, später wird die Treue der Nenzinger ein Ruhmesblatt der Pfarrei werden. Indem ich allen herzlich danke, grüße ich alle besonders Sie und Ihre Familie, Ihr gez. Kl[emens] Stehle, Pfr.

Dok. 15
NSDAP Gau Baden Oktober 1933
Ortsgruppe Schwackenreute-Zoznegg
Amt Radolfszell [!]
An den Sturmführer der SA P[artei]g[enosse] J [. . .]

Das Verhalten einiger Einwohner der Gemeinde Zoznegg beim Vorbeimarsch der P[artei]g[enossen] und NS. Bauernschaften mit der Fahne gibt dem Verdachte Raum, daß der Kommunismus in Zoznegg noch nicht ganz ausgestorben ist. Eine durch die SA. überraschend vorzunehmende Haussuchung dürfte manches Interessante ans Tageslicht bringen. Besonders auffällig war das Benehmen des R [. . .] R [. . .], der weder die Fahne grüßte, noch zu bewegen war, das Deutschlandlied zu singen. Die Familie R [. . .] soll sich auch abfällig über die Verordnung des Führers b[e]tr[effs] des Eintopfgerichtes geäusert [!] haben und der W [. . .] F [. . .] soll da beigepflichtet haben. Ich ersuche Sie also, das Nötige in dieser Hinsicht zu veranlassen.
Heil Hitler!
Der Stützpunktleiter
[Eine Untersuchung bei R. förderte ein Mitgliedsbuch der Gewerkschaften, einen Wegweiser für Funktionäre, Reichsbanner-Gegenstände und eine Anweisung für Jugendertüchtigung (Schwarz-Rot-Gold) zutage. – Der Verdacht, daß »der Kommunismus in Zoznegg noch nicht ganz ausgestorben ist«, hatte einen realen Kern, der sich noch nach dem Ende des Nationalsozialismus in den Gemeinderatswahlen dokumentierte: bei den Wahlen 1946 erhielt die KPD in Zoznegg mit 43,6% das zweitbeste Stimmenergebnis in Südbaden. M. B.]

Dok. 16 [Vgl. auch Dok. 29]
Auftrag des Bez.amt Stockach 23. 10. 1933
J. Nr. 569 Ludwigshafen, den 25. 10. 1933
Bei den Zufolge Auftrags gemachten Erhebungen, wurde nach Mitteilungen von Vertrauenspersonen, wie Bürgermeister J [. . .], Ludwigshafen, kommissarischer Bürgermeister K [. . .], Bodman, Ratschreiber E [. . .], Bodman und Hauptlehrer S [. . .], Ludwigshafen, folgendes in Erfahrung gebracht: die Mia Bittel, geb. Weissenborn, wohnt in Bodman im Hause des Schriftstellers Dr. Wilhelm Schäfer und betreibt daselbst eine Handweberei. Von dem Ertrag dieser Weberei muß Sie ihren Lebensunterhalt für sich und ihre drei Kindern [!], im Alter von 16, 13 und 1 1/2 Jahren bestreiten. Nebenbei hat sie zur Hilfe im Haushalt noch ein Dienstmädchen beschäftigt.
Die Familie Bittel wohnen [!] sehr zurückgezogen, abseits der Straße und unterhalten mit niemand Verkehr. Aus diesen Gründen ist es bis jetzt auch noch niemand möglich geworden, Einblick in die Familienverhältnissen [!] der Bittels zu gewinnen. Dessen ungeachtet ist es jedoch auffallend, daß die Familie Bittel bei dem Schriftsteller Schäfer Wohnung genommen und bekommen hat, als sie am 27. 5. 33 aus Berlin nach Ludwigshafen bzw. Bodman verzogen sind. Schäfer soll vor der nationalen Erhebung selbst sehr mit der K.P.D. sympathisiert haben [Der Gendarm irrte sich in der Einschätzung des Wohnungsgebers Schäfer, M. B.] und soll seine Tochter sogar bei der »Roten Fahne« in Berlin angestellt und für diese geschrieben haben. Jene soll eine sehr eifrige Kommunistin gewesen sein.
[. . .]
In politischer Hinsicht ist die Frau Bittel hier noch nicht hervorgetreten und ist auch nicht bekannt geworden, daß sie sich im kommunistischen Sinne betätigt hat.
[. . .]
Seit Empfangnahme des vorliegenden Auftrages, habe ich persönlich und durch zuverlässige Mittelspersonen Beobachtungen anstellen lassen und keinen Einblick in die tatsächlichen Verhältnissen [!] der Familie Bittel gewinnen können. Die eingegangene Post an die Familie Bittel wurde von hier aus bisher scharf überwacht. Seit meines Hierseins sind keine Briefe verdächtigten [!] Inhalts eingegangen, mit Ausnahme eines Informationsschreibens der Kommunistischen Internationalen aus Moskau an Dr. Karl Bittel, welches aber Weisungsgemäß [!] an die Polizeidirektion Friedrichshafen weitergeleitet wurde. Die Familie Bittel wird weiterhin unauffällig überwacht und es sind zuverlässige Mittelspersonen gewonnen worden, um über das Dienstmädchen näheren Einblick in die Familienverhältnissen [!] der Familie Bittel zu bekommen. Im Erfolgsfalle wird darüber berichtet.
gez.: O [. . .] L [. . .] Gend[armerie]-Oberw[acht]m[eister]

Dok. 17
NSDAP Gau Baden — Stockach, den 26. Oktober 1933
Geschäftsstelle Stockach
Der Kreisleiter
An das Bad. Bezirksamt
Stockach
Betr. Inschutzhaftnahme von H[. . .] K [. . .]
und E [. . .] S [. . .]
Die frühere Kreisleitung war sich nicht bewußt in der vergangenen März-Revolution 1933 über die Inschutzhaftnahme der dort herrschenden Kommunistischen Führerelemente. Man konnte nur erst dann ein Bild entwickeln, wenn man mit den kommunistischen Agitatoren Jahre lang im Kampfe stand. Der Kommunist H [. . .], ebenfalls E [. . .] S [. . .] sind ganz gemeine, gefährliche, hinterlistige Anhänger der K.P.D. und fechten heute noch einen ganz versteckten Kampf gegen uns. Ich bitte das Bezirksamt, die beiden Elemente sofort in Schutzhaft zu nehmen, damit sie mit dem nächsten Schub nach Ankenbuck gebracht werden können. H [. . .] und S [. . .] waren die gemeinsten, radikalsten und brutalsten Kommunisten und können dieselben nur mit einer Beobachtung im Konzentrationslager in Ankenbuck, gesellschaftsfähig gemacht werden.
[Unterschrift]
[Auf einem 2. Blatt mit demselben Datum wie oben:]
Betr. B [. . .] K [. . .] jr Stockach
B [. . .] unterhält in seinem Hause einen Kurzwellen-Empfänger und ist in der Lage, abends um 10 Uhr die Station Moskau zu wählen. Ich habe verschiedentlich beobachtet, daß um diese Zeit gewisse frühere kommunistische Elemente in seinem Haus aus- und eingehen und bitte ich Sie den Herrn zu beobachten, gegebenenfalls eine Haussuchung vorzunehmen und den Radioapparat zu beschlagnahmen. Ich bitte das Bad. Bezirksamt, die Inschutzhaftnahme von H [. . .] und S [. . .] sofort zu unternehmen, damit wie gesagt die Herren nach Ankenbuck verbracht werden können.

Dok. 18
Gendarmerie Bezirk Stockach — Stockach, 9. November 1933
J. No. 5592
J. U. S.
gegen
G [. . .] K [. . .] aus Barmen
wegen Hochverrats
S [. . .] K [. . .], geb[orene] G [. . .] geb. 22. 4. 94, Ehefrau des Arbeiters W [. . .] K [. . .] in Stockach, gab in obiger Sache vernommen an: »Bis zum Februar 1931 war mein Mann Mitglied der KPD und ich war die Leiterin der Frauenschaft der Internationalen Arbeits-Hilfe [Richtig: Internationale Arbeiter-Hilfe; M. B. (J. A. H.)] Die von der kommunistischen Zentrale Baden-Pfalz in Mannheim übersandten Zeitschriften kamen teils an mich, teils an die Ortsgruppe Stockach. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich von der Zentrale Mannheim eine Sendung unter dem Zeichen D. A. oder P. A. erhalten habe. Eine Person mit Namen K [. . .] ist mir auch nicht bekannt und habe mit dieser auch keinen Schriftwechsel unterhalten. Nach meinem Ausscheiden aus der J. A. H. hat die Frau des K [. . .] H [. . .] hier die Leitung der Frauenschaft übernommen. Seit Februar 1931 stehe ich in keinerlei Verbindung mehr mit J. A. H. und habe auch keine Sendungen mehr erhalten. Ich würde dies bestimmt sagen, wenn ich von der Zentrale Mannheim seit dieser Zeit noch etwas erhalten hätte. Mein Mann und ich haben uns aus der KPD zurückgezogen und haben keinen Grund, nicht die Wahrheit zu sagen.
[. . .]
[Unterschrift] Bez[irks]-Oberwachtm[eister]

Dok. 19
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gau Baden
Kreisgeschäftsstelle Stockach
Der Kreisleiter Stockach, den 18. 11. 1933
An das Bad. Bezirksamt Stockach
Betr. E [. . .] J [. . .] Knecht auf dem L [. . .] hof.
Der Knecht E [. . .] J [. . .] auf dem L [. . .] hof äußerte sich am Wahlsonntag in Hindelwangen folgendermaßen:
»Ich habe diese einzige Nein-Stimme in Hindelwangen abgegeben und zwar hab ich sie abgegeben, weil ich nach Ankenbuk will, denn ich glaube daß es in Ankenbuk schöner ist als dem L [. . .] hof. Ich bitte das Bad[ische] Bezirksamt den Man in Schutzhaft zu nehmen und zu vernehmen.
Heil Hitler!
[Unterschrift]
[E. redete sich darauf heraus, vor den Wahlen keine Gelegenheit zum Lesen von Zeitungen gehabt und aus Verärgerung über seine Behandlung als Knecht so reagiert zu haben. E. wurde verwarnt und auf freien Fuß gesetzt. M. B.]

Dok. 20
Gendarmeriebezirk Stockach
Nr. 5857 Stockach, den 29. November 1933
An das Bezirksamt
in Stockach
Kommunistische Umtriebe.
Bei einem Zusammentreffen mit Bezirksoberwachtmeister K [. . .] in Überlingen, teilte mir derselbe mit, daß im Bezirk Überlingen 2 Kommunisten in Haft genommen worden seien, weil sie illegale Sammlungen bei ehemaligen Parteizugehörigen vorgenommen hätten. Es sei festgestellt, daß heimlich Parteibeiträge von 1.– RM im Monat eingezogen worden seien.
Bisher sei festgestellt, daß diese Beiträge oder mindestens ein Teil davon an den hier wohnenden Kommunisten F [. . .] B [. . .] abgeliefert worden sei [!]
Den F [. . .] B [. . .] habe ich am 29. 11. 33 vormittags vorläufig festgenommen, derselbe gab auf Vorhalt an:
Zur Person: wie im angeschlossenen Personalbogen
Zur Sache: (nach kurzem Leugnen)
»Seit etwa 1 Jahr wohne ich bei dem ehemaligen Kommunisten H [. . .] in Stockach, war bis vor 5 Wochen arbeitslos und habe von 5 RM Unterstützung in der Woche gelebt.
Den R [. . .] K [. . .] kannte ich noch von früher her. Dieser brachte erstmals im August oder September Geld, weil wir ihm – H [. . .] und ich – von der Wechselschuld, die H [. . .] noch von der Partei her hat, erzählt haben. R [. . .] versprach hierbei, uns unterstützen zu wollen. Aus diesem Grunde und zu diesem Zwecke hat R [. . .] das Geld gebracht. Ich habe es in Empfang genommen und an H [. . .] abgegeben, weil sonst gerade niemand zu Hause war. Aus einem anderen Grunde und zu einem anderen Zweck wurde das Geld nicht angenommen. H [. . .] hat dann, wie er sagte, die Wechselschuld bei der Volksbank hier verzinst. R [. . .] hat etwa 3 Mal zwischen 4 und 5 RM gebracht, mehr nicht.

M [. . .], Gendarmerie-Kommissär.

Dok. 21
Bezirksamt Stockach, den 4. März 1934
Schutzhaft gegen Direktor R [. . .] E [. . .]
In der Nacht vom 3./4. März 1934 wurde Unterzeichneter um 0 Uhr 30 Minuten vom SS-

Sturmführer K [. . .] – Bodman und vom Kreisleiter A [. . .] Stockach fernmündlich angerufen, der Obengenannte habe sich bei der Hauptversammlung des Musikvereins Stockach im Gegensatz zu der Erklärung der Kreisleitung hinter den Juden [. . .] gestellt, welcher im Aufsichtsrat des Musikvereins sei und dessen Verbleiben im Aufsichtsrat unmöglich sei. Dabei habe sich E [. . .] zu beleidigenden Äußerungen gegen die Kreisleitung hinreißen lassen, weshalb seine Inschutzhaftnahme beantragt werde.
Unterzeichneter hatte zunächst Bedenken, in diesem Falle einzugreifen, einmal weil es sich um einen privaten, nichtpolitischen Verein handelte und der inbetracht kommende Jude im Krieg im Felde war, auch Besitzer einer staatlich konzessionierten Apotheke ist und der heutigen Organisation der Apothekenbesitzer angehört, außerdem weil schon aus dem fernmündlichen Gespräch zu entnehmen war, daß die Versammlung schon stark unter den Wirkungen des Alkohols stand. Um den Fall aber doch näher zu untersuchen, begab sich der Unterzeichnete alsbald in die in Frage stehende Wirtschaft zur Fortuna, wo die Versammlung erregt hin und her wogte. Kreisleiter A [. . .] und SS-Sturmführer K [. . .] gaben erneut ihrer Ansicht in erregter Weise dahin Ausdruck, E [. . .] müsse in Schutzhaft genommen werden, weil er sich in unglaublicher Weise gegen die Kreisleitung und für den Juden C [. . .] eingesetzt habe und dabei erklärt habe, eher werde der Verein aufgelöst, als C [. . .] seines Amtes enthoben. Dem Kommunalreferenten der Kreisleitung A [. . .], der die Ausbotung C [. . .] zuerst verlangt habe, habe E [. . .] sogar gedroht, eher werde er (A [. . .]) und die Kreisleitung an die Luft gesetzt. Die Erregung unter den Mitgliedern der Kreisleitung und der SS., die in der Versammlung anwesend waren, sei so groß, daß nur die Festnahme E [. . .] Zusammenstöße verhüten könne.
Über den Vorgang gehörte Zeugen, wie der Bürgermeister-Stellvertreter S [. . .] und ein Herr R [. . .] bestätigten im großen Ganzen die Angaben des Kreisleiters und SS-Sturmführers. Außerdem machte E [. . .] selbst, der die betr. Äußerungen ganz entschieden bestritt, einen stark betrunkenen Eindruck, so daß man annehmen mußte, er wisse gar nicht mehr, wie er sich geäußert habe.
Ich forderte zunächst E [. . .] auf, mit mir die Versammlung zu verlassen und wollte ihn unter Mithilfe des Gendarmeriekommissärs M [. . .] den ich fernmündlich vor die Wirtschaft bestellt hatte, in das Bezirksgefängnis bringen. E [. . .] ging zunächst auf meine Aufforderung aus der Wirtschaft, betrat diese aber wieder durch den Hausgang, ohne daß dies von mir bemerkt wurde, da ich meinen Mantel noch anzuziehen hatte. Ich ging zunächst mit Kommissär M [. . .], der E [. . .] ebenfalls nicht bemerkt hatte, nach dessen Wohnung, stellte dort fest, daß er nicht nach Hause gekommen war, und fand ihn dann auf dem Rückweg wieder in der Versammlung in Auseinandersetzungen mit der Kreisleitung.
Der Aufforderung des Kommissärs M [. . .], welchen ich in die Versammlung hineinschickte, folgte E [. . .] schließlich und brachte ihn zunächst in das Dienstzimmer der Gendarmerie, da er sich ganz entschieden weigerte, mit in das Bezirksgefängnis zu gehen und sein betrunkener Zustand sowie die Anwesenheit eines Arbeiters der Fabrik Fahr, der zu der Musikkapelle gehörte, ein zwangsweises Verbringen ohne weitere Hilfe aussichtslos erscheinen ließ, zumal E [. . .] als gewalttätig gilt, wenn er betrunken ist.
Nach einigem Hin- und Herverhandeln kam ich zu der Überzeugung, daß E [. . .], der sich in seinem Betriebe besondere Verdienste um die Gewinnung der meist kommunistischen Arbeiter für den Nationalsozialismus geworben hat und mir an seiner nationalsozialistischen Gesinnung irgendwie zu zweifeln nie Veranlassung gegeben hatte, nur unter dem Einfluß des Alkohols und früherer Freundschaft mit C [. . .] sich zu den erwähnten Äußerungen hatte hinreißen lassen und daß angenommen werden könne, er werde sich beruhigen und sein Unrecht einsehen, wenn man ihn erst seinen Rausch ausschlafen lasse. Ich ließ ihn daher durch Kommissär M [. . .] und den erwähnten Arbeiter nach Hause bringen und nahm ihm vorher das Versprechen ab, seine Wohnung nicht zu verlassen, ehe ich meine Zustimmung dazu gegeben hätte. Ich hoffte dabei, am kommenden Morgen die Sache mit Kreisleiter A [. . .] noch zu besprechen und dann erst weitere Entschließung zu treffen.

Diese Absicht wurde jedoch durch die Haltung des Kreisleiters und der SS durchkreuzt, welche um 3 Uhr nochmals anriefen und erklärten, E [. . .]selbst in das Bezirksgefängnis bringen zu wollen wenn er nicht durch die Gendarmerie geholt werde. Da hiernach ernstere Zusammenstöße zu befürchten waren, beauftragte ich neuerdings den Gend.-Kommissär, mit 2 weiteren Gend.-Beamten E [. . .] in das Bezirksgefängnis zu bringen. Dieser Auftrag konnte erst um 5 Uhr ausgeführt werden, weil E [. . .] sich weigerte, sich anzuziehen und sein Haus zu verlassen und erklärte, er werde eher sich aufhängen oder sich bis zum Äußersten wehren, als mitgehen; bei seinem trunkenen Zustand war mit äußerstem Widerstand zu rechnen. Erst als die SS und die Kreisleitung selbst in der Wohnung des E [. . .] erschien und E [. . .]s Betrunkenheit sich etwas verflüchtigte, konnte er dann mittels Kraftwagen in's Bezirksgefängnis verbracht werden.
[Entsprechend Weisung des Geh. Staatspolizeiamts wurde E. am 10. 3. 1934 aus der Schutzhaft entlassen. M. B.]

Dok. 22
Staatsanwaltschaft Konstanz
S. A. St. 167/34 Konstanz, den 5. April 1934
Schutzhaft über O [. . .] J [. . .] aus Orsingen
I. Anfang März haben Sie öffentlich in einer Wirtschaft Äußerungen über Einrichtungen des Erbhofgesetzes und über Personen, die zur Durchführung dieses Gesetzes berufen sind, gemacht, die eine sinnlose Kritik an diesen Einrichtungen und eine Beleidigung jener Personen enthalten. Trotz der Schwere des Angriffs hat der zuständige Kreisbauernführer von der Stellung eines Strafantrages abgesehen unter der Bestimmung, daß Sie bis zum 1. Mai 1934 10.– RM in die Kasse der NS. Volkswohlfahrt, Kreis Stockach als Buße einzahlen. Sie erhalten hiermit die Auflage, bis zum 4. Mai 34 eine Quittung über die bezahlten 10 RM an die Staatsanwaltschaft Konstanz einzusenden. Falls Sie der Auflage nicht pünktlich nachkommen, muß das Verfahren seinen Fortgang nehmen.
II. Hiervon erhalten Sie Nachricht.
An das Bezirksamt
Stockach

Der Oberstaatsanwalt
i[n] V[ertretung] [Unterschrift]

Dok. 23
Schutzhaftbefehl
Der am [. . .] in Mühlingen geborene, in Mühlingen wohnhafte F [. . .] W [. . .]
ist in Schutzhaft zu nehmen:
Weil er durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet. W [. . .] stimmte am Pfingstsonntag einer Äußerung des J [. . .] B [. . .] zu: »Es dürfen keine ausländischen Zeitungen mehr gelesen werden, damit der Schwindel, der getrieben wird, nicht herauskommt. Wir stehen vor dem Bankrott; die Mark ist nur noch einen Pfennig wert«. Ferner sagte W [. . .] am folgenden Tag in der Wirtschaft zum Sternen: »Vier in Braun werden mit einem in Grau fertig werden«. Am Fronleichnamstag sagte W [. . .] mit Bezug auf eine Äußerung des Altbürgermeisters T [. . .]: »Es ist traurig, was wir jetzt für Uniformen und Fahnen haben!« Folgendes: »Die Juden haben wir die längste Zeit gesehen; es kommt bald anders! Die Juden, die wir rausgejagt haben, kommen und werden uns regieren!«
Stockach, den 13. Juni 1934
im Auftrag des Geh[eimen] Staatspolizeiamts:
Bezirksamt: gez: Dr. Dittler
[Es wurde eine Schutzhaft von acht Tagen verhängt. M. B.]

Dok. 24

Stockach, den 14. Juni 34

Aufgrund mündlicher Weisung des Regierungsrats Berckmüller ergeht

Schutzhaftbefehl

Der am 27. Dezember 1896 in Mennwangen geborene, in Mühlingen wohnhafte Händler J [. . .] B [. . .]
ist in Schutzhaft zu nehmen:
weil er durch sein Verhalten insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet.
B [. . .] äußerte sich wiederholt abfällig über die nationalsozialistische Regierung. U. A. [!] sagte er nach Angabe des SA-Mannes T [. . .] am Pfingstsonntag in der Wirtschaft zum Sternen in Mühlingen gegen 23 Uhr:
»Es dürfen ja keine ausländischen Zeitungen mehr gelesen werden, damit der Schwindel nicht herauskommt, der getrieben wird. Wir stehen vor dem Bankerott [!], die Mark ist nur noch einen Pfennig wert«.
Stockach, den 14. Juni 1934

Dok. 25

Gendarmerie Bezirk Stockach — Stockach, 20. Juni 1934
J. Nr. 5077
An das Bezirksamt Stockach
Anzeige gegen T [. . .] S [. . .] Ehefrau in Stockach, wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung.
Tatort: Stockach
Am 18. Juni 1934 erstattete der Kraftwagenführer R [. . .] B [. . .] aus Zürich, z. Zt. wohnhaft in Stockach, die Anzeige, daß sich die Ehefrau T [. . .] S [. . .] in Stockach zu den [!] aus der Schutzhaft entlassenen Metzger L [. . .] L [. . .] in Stockach am 15. 5. 34 geäußert habe:
»So L [. . .] bist Du wieder draußen, es ist eine Ehre für dich, ein Arbeiter kann stolz darauf sein«.
Diese Äußerung der S [. . .] dürfte geeignet sein, die Maßnahmen der Reichsregierung verächtlich zu machen. Metzger L [. . .] L [. . .] in Stockach wurde am 13. 5. 34 auf Veranlassung des Geh[eimen] Staatspolizeiamts Konstanz in Schutzhaft genommen, weil bei einer Durchsuchung bei L [. . .] kommunistisches Material gefunden worden ist. L [. . .] wurde am 15. 5. 34 wieder aus der Schutzhaft entlassen, befindet sich jedoch wieder erneut wegen dieser Angelegenheit in Schutzhaft im Bezirksgefängnis Stockach.
Gegen L [. . .] wird von der Staatsanwaltschaft Mannheim Sondergericht, wegen komunistischer [!] Umtriebe Untersuchung geführt.
Die Ehefrau T [. . .] S [. . .] in Stockach ist mit dem kommunistischen Ortsgruppenführer A [. . .] S [. . .] verheiratet. L [. . .] war Mitglied der KPD und hat mit der Familie S [. . .] verkehrt bzw. wohnte in deren Nachbarschaft.
[T. S. wurde verwarnt. M. B.]

Dok. 26

Landespolizeistelle — Wahlwies, den, 24. September 1934
Geheime Staatspolizei Konstanz
Auf dem Rathaus in Wahlwies wurde einvernommen der verh. Ortsgruppenleiter und Gastwirt K [. . .] H [. . .], geb. am 2. April 1896 in Stockach, hier Hauptstraße Nr. [. . .] wohnhaft, welcher folgendes angab:
Ich bin seit 1. 11. 1934 Ortsgruppenleiter. Der NSDAP gehöre ich seit 1. 12. 1930 an. Am 23. Dezember 1934 hat die hiesige Ortsgruppe eine öffentliche Weihnachtsfeier unter Teilnahme

sämtlicher Formationen beim hiesigen Schulhaus veranstaltet.
Um eine Kontrolle, wer an der öffentlichen Feier nicht teilgenommen hat, zu haben, habe ich durch die Blockwarte K [. . .] W [. . .] u[nd] Pg. A [. . .] U [. . .] sämtliche Wirtschaften kontrollieren lassen. Der Blockwart K [. . .] W [. . .] hatte die Wirtschaft [. . .] zu kontrollieren. Dieser hat mir am gleichen Abend um 12 Uhr erzählt, daß sich in genannter Wirtschaft der Invalide F [. . .] B [. . .] mit anderen Gästen zusammen aufgehalten habe. W [. . .] meldete mir auch, daß B [. . .] sich in gemeiner Art und Weise über den heutigen Staat und über meine Person geäußert habe. Unter anderem soll er gesagt haben: »Er wolle mit mir, dem dickranzigen [. . .] Wirt noch abrechnen. Solche Kerle wie die gehören an die Wand gestellt u[nd] 5 Klaffter [!] tief in den Boden reingeschlagen. Sie sollen nur warten, bis der nächste Umsturz kommt, dann kommt die Rache«.
Es ist allgemein bekannt, daß B [. . .] ein großer Gegner der heutigen Regierung ist und er schon öfter in solch gehässiger Weise gegen Nationalsozialisten und die heutige Regierung geschimpft hat.
Weiter ist bekannt, daß B [. . .] früher dem Zentrum nahegestanden hat. Ob er der Partei als Mitglied angehört hat, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen.
Dem B [. . .] habe ich im Jahre 1933 anläßlich der Bürgermeisterwahl einmal ganz gehörig die Meinung gesagt und seither ist er auf mich geladen. B [. . .] hat auch auf die heutige Gemeindeverwaltung einen Haß, weil er als vormaliger Milchsammler nach der nationalen Erhebung von seinem Posten enthoben worden ist. Daß B [. . .] gegen den Nationalsozialismus eingestellt ist, hat er schon vor der Erhebung zum Ausdruck gebracht, indem er nationalsozialistische Wahlplakate abgerissen und durch solche der Zentrumspartei ersetzt hat.
Ich bin der Ansicht, daß es endlich mal an der Zeit ist, daß man dem B [. . .] zeigt, wie er sich im heutigen Staate zu verhalten hat. Meines Erachtens gehört dieser Bruder einmal in ein Konzentrationslager.
Als Zeugen dieser Äußerungen kann ich angeben: Blockwart W [. . .], J [. . .] J [. . .], M [. . .], K [. . .], F [. . .], K [. . .] und O [. . .] B [. . .], sämtliche in Wahlwies wohnhaft. Weiter kann ich zu der Angelegenheit keine Angaben machen.
V.g.u.u.
[Unterschrift]
[B. wird laut Schreiben des Bezirksamts von einer längeren Schutzhaft aus Gründen seiner Invalidität ausgenommen. Im Falle abermaliger »derartiger Äußerungen« aber solle gegen ihn »unnachsichtlich und mit äußerster Strenge« eingeschritten werden. M. B.]

Dok. 27

Schutzhaftbefehl

Der am 3. November 1901 in Reute geborene, in Reute wohnhafte – verheiratete Landwirt und Metzger K [. . .] J [. . .] ist in Schutzhaft zu nehmen: Weil er durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet.
J [. . .] hat am 16. August 1934 beim Abendessen in der Küche der Familie des O [. . .] J [. . .] in Reute die Äußerung getan:
»*Hitler* lebt in einem Jahr nicht mehr, die Kugel für ihn ist schon gegossen«.
Karlsruhe, den 17. Oktober 1934
Bad. Geheimes Staatspolizeiamt
Unterschrift
[Durch das Geheime Staatspolizeiamt Karlsruhe wurde K. J. am 17. 10. 1934 auf die Dauer von acht Tagen in Schutzhaft genommen. M. B.]

Dok. 28
22. 8. 1896 Mahlspüren i. H. Mahlspüren i. H.
F [. . .] L [. . .]
Landwirt
Deutscher
katholisch
Im Dezember 1934 äußerte sich L [. . .] abfällig über die Zustände im Dritten Reich, indem er einer Äußerung des K [. . .] K [. . .] aus Zizenhausen zustimmte, wenn es wieder einmal Krieg gebe, würden sie nach hinten schießen, dann kämen sie (die Kommunisten) ans Ruder, dann werde es den Arbeitern besser gehen als jetzt. Ferner schimpfte L [. . .] über das »ewige Sammeln« und das WHW und machte zusammen mit K [. . .] den deutschen Gruß mit einem Witz lächerlich.
[Das Geheime Staatspolizeiamt Karlsruhe verhängte über beide je 14 Tage Schutzhaft]

Dok. 29 [Vgl. auch Dok. 16!]
Gendarmeriestation Ludwigshafen Ludwigshafen, den 24. 2. 35
J. Nr.
An das Bezirksamt Stockach
Politische Umtriebe.
Am 2. 2. und 12. 2. 35 sind etwa 140 Notstandsarbeiter aus Mannheim, zu Notstandsarbeiten nach Bodman überführt worden. Unter diesen Notstandsarbeitern befinden sich eine ganze Anzahl von Personen, die weder kriminell noch politisch einwandsfrei [!] sind. Einige derselben sind ausgesprochene Kommunisten. Vertraulich wurde anher mitgeteilt, daß jene Personen, kaum, daß sie angekommen waren, bereits Verbindungen mit dem ehemaligen kommunistischen Agitator Dr. Karl Bittel in Bodman, geb. 4. 11. 97 in Darmstadt aufgenommen hat. Bittel ist bekanntlich ehemaliger Schutzhäftling. Er hat sich über ein Jahr im Konzentrationslager befunden. Über Bittel war bis Ende 1934 Postsperre über die aus dem Ausland kommende Post verhängt. Bittel hat Bekannte und Verwandte in Rußland und in der Schweiz, mit denen er heute noch in Briefverkehr steht. Bittel soll auch mit einer Frau M [. . .] in Mannheim in Verbindung stehen, deren Mann sich heute noch im Konzentrationslager befindet, oder sich dort befunden haben soll. Die nähere Adresse der Frau M [. . .] ist diesseits nicht bekannt. Dieselbe könnte aber anhand des Verzeichnisses, der in Schutzhaft befindlichen Personen festgestellt werden. Die M [. . .] soll im Besitze einer K.P.D. Literatur und einer Büchersammlung sein. Es wird vermutet, daß Bittel mit derselben von der Frau M [. . .] beliefert wird und damit die Verbindung mit K.P.D.-Leuten unter den Notstandsarbeitern aus Mannheim aufrechterhält. Bittel hat z. Zt. einen Personenkraftwagen mit Allwetterverdeck, roter Farbe, Kennzeichen IV. B. 105617, mit dem er öfters Fahrten nach Konstanz und die schweizer Grenze unternimmt. Auch auf einer Fahrt, Richtung Friedrichshafen, wurde er schon beobachtet. Die Vermutung liegt nahe, daß Bittel, oder auch seine Frau, die Verbringung von staatsfeindlichem Propagandamaterial aus dem Ausland nach Deutschland vermittelt. Eine unauffällige Überwachung des Bittel und seiner Frau, im Grenzverkehr nach der Schweiz und Österreich, sowie sein Zusammentreffen mit Personen aus dem Auslande in den Grenzorten, dürfte angebracht erscheinen. Eine Überwachung kann nur durch äußerste Vorsicht Erfolg versprechen, da Bittel durch die lange Postsperre und auffällige Postüberwachung, mehr als notwendig gewarnt ist. Die Postsperre ist damals durch die Gestapo [!] Friedrichshafen durchgeführt worden. In Verbindung hiermit sei bemerkt, daß F [. . .] B [. . .], 48 Jahr [!] alter Ofensetzer von Radolfzell, wohnhaft bei Familie G [. . .], dort, bei seinen Hetzreden, den Notstandsarbeitern gegenüber, sich außerordentlich über ehemalige Schutzhäftlinge informiert zeigte. B [. . .] hat hier den Notstandsarbeitern gegenüber ausgeführt, er sei ehemaliger Reichstagsabgeordneter der S.P.D. und habe sich 14 Monate im Konzentrationslager befunden. Seine Gesinnung sei noch die gleiche die er früher hatte und er würde sie auch nicht ändern. B [. . .] bezeichnete den Arbeitern aus

Mannheim eine ganze Anzahl solcher Personen, die sich in Schutzhaft oder im Konzentrationslager befunden haben, oder sich noch dort befinden. Daraus wird geschlossen, daß die Verbindung zwischen Mitgliedern der ehemaligen K.P.D. noch aufrechterhalten wird. Ende 1934 wurde von der Gestapo Konstanz nach einem roten Personenkraftwagen gefahndet. Der Wagen Bittels wurde gemeldet.
Von hier aus wird eine vorsichtige Überwachung des Bittel und der Notstandsarbeiter durchgeführt. Im Erfolgsfalle wird berichtet. Eine Abschrift der Anzeigemeldung gegen B [. . .] ist angeschlossen. Die Gestapo Konstanz hat dreifache Meldung erhalten.
O [. . .] L [. . .], Gendarmerie-Oberwachtmeister
[Karl Bittel gehört zweifellos zu den interessantesten Schutzhaftgefangenen des Kreises. Während der Zeit des Nationalsozialismus widmete er sich u. a. heimatgeschichtlichen Studien, verfaßte eine Heimatgeschichte Sernatingens und Bücher über Paracelsus sowie eine im See-Verlag Friedrichshafen erschienene Darstellung Franz Anton Mesmers. Nach 1945 gehörte Bittel zum Landesvorstand der KPD Baden, war Redakteur in Singen und Offenburg (»Der neue Tag«, später »Unser Tag«) und zeichnete als Lektor des Volksverlags Singen verantwortlich. Später in die DDR übergesiedelt, wurde Bittel Gründer und Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte in Ostberlin. Nähere Angaben siehe Ossi Burger, Karl Bittel. In: Die Schelle, Überlingen Nr. 26, S. 22 f. M. B.]

Dok. 30

Stockach, 30. Juli 1935

Bezirksamt Stockach
Anzeige gegen Erbhofbauer Walter C. in Mahlspüren i/H., wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei (§ 2 Ges. v. 20. 12. 34)
Tatort: Raithaslach.
I. Am 17. Juli 1935, in der Zeit zwischen 16 und 17 Uhr, hat der Erbhofbauer Walter C. aus Mahlspüren i/H. auf der Dorfstraße in Raithaslach sich wie folgt geäußert:
»Der Militarismus ist ein großer Schwindel, er ist eine Sklaverei und ein Humbug, beim Militär lernen sie nur Lumperei, die lernen nur den Menscher (weibl. Personen) nachziehen«.
Die Äußerung des C. ist eine öffentlich gehässige, hetzerische von niedriger Gesinnung zeugende Verleumdung einer von der Reichsregierung geschaffenen Einrichtung.
II. Zeugen sind:
1. Feldhüter B., geb. 7. 12. 84,
2. Erbhofbauer U., geb. 15. 1. 91, beide wohnhaft in Raithaslach.
III. Die Zeugen geben an:
1. Feldhüter B.
»In der Gemeinde Raithaslach bin ich Feldhüter. In meiner freien Zeit helfe ich den Landwirten bei ihren Feldarbeiten.
Am 17. 7. 35 war in Stockach Musterung der Rekruten und wird es zwischen 16 und 17 Uhr gewesen, als ein Wagen dieser Rekruten aus der Gemeinde Rorgenwies durch das Dorf Raithaslach gefahren ist. Die jungen Leute haben gesungen und jeder gediente Mann hat sich darüber gefreut.
Ich stand bei dem Bauer U. von hier auf der Straße und wir beide haben uns über unsere Rekrutenzeit unterhalten. Inzwischen kam auch der Bauer C. aus Mahlspüren i/H. vorbei und hörte dem Gespräch von U. und mir zu.
U. sagte, so das ist recht, daß die jungen Burschen auch wieder Soldaten sein müssen, wir mußten auch gehen und haben dabei etwas gelernt. U. hatte sein Pferdefuhrwerk bei sich, denn er hatte nach dem Friedhof Sand geführt. Vor meiner Wohnung hat U. sein Fuhrwerk gewendet und dabei sind alle Rekruten vorbeigefahren. Ich glaube der Bürgermeister von Rorgenwies saß selbst auf dem Fuhrwerk bei den Rektruten. Über diesen Anblick habe auch ich mich gefreut.
C. hatte sein Fahrrad bei sich und stand er etwa 5 Schritte von uns entfernt und hörte uns zu. U.

sagte noch, das ist recht, daß die Kerle jetzt einmal folgen lernen müssen, wir haben auch gehen müssen und keine Person hat uns weiter darüber gefragt ob wir gerne gehen oder nicht. U. und ich freuten uns, daß es jetzt wieder Soldaten gibt. Ich selbst sagte noch das ist recht so, ich war auch Soldat.
Bei diesem Gespräch sagte C. zu U. ich will dir etwas sagen: »Der Militarismus ist ein großer Schwindel, der ist eine Sklaverei, ein Humbug, die würden doch nichts lernen dabei als Lumperei und den Menschern nachlaufen«.
Diese Äußerungen hat C. in meiner Gegenwart gebraucht und kann ich diese eidlich bestätigen. U. sagte noch zu C. da kannst du sagen was du willst, es ist halt doch so, das ist die Hauptsache. Du warst ja auch Rekrut, wir alle sind Rekruten gewesen und die Rekruten haben keine Zeit den Menschern nachzugehen.

Dok. 31
Gendarmeriebezirk Stockach — Stockach, den 3. August 1935
An das Bezirksamt
in Stockach
Das Verhalten des Pfarrers Franz Beugel in Nenzingen
»Nach vertraulichen Mitteilungen hat der in Nenzingen tätige, in Straßburg i./E. am 23. August 1902 geborene Pfarrer *Franz Beugel* am Sonntag, dem 28. Juli in der Pfarrkirche zu Nenzingen eine Predigt gehalten, in der er versteckte und teils offene Angriffe auf Partei und Staat machte. Hierzu gab der am 17. 11. 1917 in Nenzingen geb., daselbst Wohnhafte Bäckerlehrling K [. . .] J [. . .] an:
Ich bin Kameradschaftsführer der H. J. und war am Sonntag, dem 28. 7. 35 auch in dem Hauptgottesdienst in Nenzingen. Es war an diesem Tage das Bernhardsfest. Der Pfarrer hat ein Schreiben von der Kanzel verlesen. Es handelte sich um die V.O. über die katholische Jugend. Er hat die Paragraphen ausgelegt und hierbei hat er gesagt:
»Das PX Abzeichen ist verboten: Also das Christus-Abzeichen!!« Den Satz: »Also das Christus-Abzeichen« hat er mit erhöhter Stimme und mit besonderem Nachdruck ausgesprochen. Weiter führte er aus:
»Der selige Bernhard von Baden war ein großer Heiliger, er wird aber nicht verehrt wie so viele, die man heute mit Verachtung verehrt«.
Dann rief er noch aus: »Eltern seid Euch bewußt, Ihr habt Eure Kinder von Christus bekommen und Ihr müßt sich (!) auch wieder für Christus erziehen. Warum solltet Ihr es nicht fertigbringen, aus Euern Kindern auch so große Heilige zu machen und zu erziehen, wie der heilige Bernhard von Baden war!«
Bei der Erläuterung der V.O. sagte er auch noch: »Wenn wir jetzt in der Lordes [!]-Grotte einen Rosenkranz beten wollen, müssen wir in Karlsruhe die Genehmigung einholen«. Und weiter: »Die Maßnahmen, die getroffen wurden, entsprechen niemals dem, was uns im Konkordat versprochen worden ist«. Ich habe mir diese Sachen gleich nach der Kirche aufgeschrieben, solange sie mir noch frisch im Gedächtnis waren. Es kann natürlich sein, daß der Wortlaut etwas anders war, aber der Inhalt und der Sinn ist derselbe, wie ich angegeben habe«.
[Laut Weisung des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe kam Pfarrer Beugel mit einer ernstlichen Verwarnung davon. Im Falle einer Wiederholung habe er mit Schutzhaft zu rechnen. M. B.]

Dok. 32
Gendarmeriebezirk Stockach — Stockach, den 11. November 1935
Nr. 6190
Anzeige gegen K [. . .] M [. . .] in Kaltbrunn Amt Konstanz wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. 12. 34 (§ 1 R. Ges. Bl. I S. 1269)
Tatort: Zizenhausen

I. Am Mittwoch, den 6. 11. 35, gegen 22 Uhr hat der im Betreff Genannte an einem Wirtstische in der Wirtschaft zum Hohenzoller in Zizenhausen öffentlich die unwahre Behauptung aufgestellt, indem er sagte: »Das dritte Reich besteht nur solange als die Affen parieren« und ferner sagte: »Die ganze NSDAP ist ein Lumpenpack«.
[Bei der zitierten Äußerung handelt es sich um ein Sprachspiel, bei dem die Anfangsbuchstaben der Worte »NSDAP« ergeben. Der Fall wurde vor dem Sondergericht Mannheim verhandelt; Ausgang nicht eruierbar. M. B.]

Dok. 33
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gau Baden
Kreisleitung Stockach Stockach, den. 18. 11.1935
An das Bad. Bezirksamt, Stockach
Am Sonntag, den 17. 11. 1935 fand in der »Krone« in Mahlspüren i. Tal eine Versammlung statt. Dabei wurden auch die Gesetze der Milch- und Fettwirtschaft besprochen, wobei sich der Landwirt W [. . .] B [. . .] aus Mahlspüren i[m] Tal in öffentlicher Versammlung wie folgte äußerte: »Das sind keine Gesetze, das sind Gewaltakte und Gewaltmaßnahmen«. Hauptzeugen sind: [hier folgen drei Namen]
Ich bitte das Bezirksamt *sofort* das Notwendige zu veranlassen.
Heil Hitler!
gez. Bäckert, Kreisleiter
[In seiner Antwort auf den Schutzhaftantrag schreibt das Bezirksamt Stockach am 19. 11. 1935, der festgestellte Tatbestand reiche zur »Durchführung eines Strafverfahrens nach dem Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. 12. 1934 nicht aus. Es steht aber fest, daß B. zu denjenigen Persönlichkeiten zählt, die sich nicht in die Ordnung fügen und die mit unangebrachten und scharfen Redensarten aufreizend wirken. Ich habe ihn daher für einige Tage in Haft genommen. Ich habe ihn weiter auf das energischste zurechtgewiesen und schärfstens verwarnt und ihn auch nicht im Unklaren darüber gelassen, daß ich ihn für längere Zeit in Schutzhaft nehmen werde, wenn er sich noch im geringsten eines ähnlichen Verhaltens schuldig machen werde«. M. B.]

Dok. 34
Stockach, den 2. Dezember 1935
Inschutzhaftnahme des verh[eirateten] Fabrikarbeiters A [. . .] S [. . .] von Wiechs, Amt Stockach, wohnhaft in Volkertshausen.
Beschluß:
I. An das Geheime Staatspolizeiamt in *Karlsruhe*
(3 Anlagen)
Der Obengenannte hat sich am 25. 10. 1935 in der Wirtschaft zum Sternen in Volkertshausen geäußert:
1. Wenn es mit der Bevölkerungspolitik so weiter getrieben wird, geht es bei uns nicht anders als bei den Italienern.
2. Früher – gemeint: die frühere Regierung – hat man für Arbeit und Brot gesorgt, heute für Kanonen und Kriegsmaterial.
3. (in Bezug auf die Unterbringung von 6 Millionen Arbeitslosen:) Das sind alles Illusionen, das ist nichts: daß man auch so etwas glauben kann!
Unter Bezugnahme auf die soeben mit Herrn Regierungsrat Berckmüller gehabte fernmündliche Unterredung bitte ich, S [. . .], dem ich den in Abschrift angeschlossenen Schutzhaftbefehl heute ausgehändigt habe, auf die Dauer von mindestens 3 Monaten nach Kislau zu verbringen. S [. . .] ist kinderlos und hat ein monatliches Einkommen von 270–280 RM – außerdem verdient seine Frau im Monat 70–80 RM. Er befindet sich sonach in seinem Berufsstand entspre-

chend sehr guten wirtschaftlichen Verhältnissen und hat demzufolge die Äußerung nicht etwa aus einer Verärgerung über seine wirtschaftlichen Lage heraus getan. Die Tatsache, daß ein solches Moment, das wenigstens etwas zu seinen Gunsten hätte verwertet werden können, ausscheidet und weiter der Umstand, daß er früher der SPD angehörte, und bei der Ortsgruppe Volkertshausen als Kassier fungierte, beweisen, daß S [. . .] dem heutigen Staat, dem er im übrigen seine wirtschaftlich günstige Lage verdankt, weltanschaulich feindselig gegenübersteht; und da er sich nach den festgestellten Äußerungen auch nach außen hin seiner Einstellung entsprechend in einer den Bestand des Staates gefährdenden Weise verhällt [!], scheint seine Unterbringung nach Kislau dringend geboten.
Unterschrift
[S. wurde am 14. März 1936 aus dem KZ Kislau wieder entlassen]

Dok. 35

Stockach, den 24. Februar 1936

Verhängung von Schutzhaft über den verheirateten Gußputzer J [. . .] F [. . .]
Beschluß:
I. An das Geh[eime] Staatspolizeiamt in Karlsruhe
Der Obengenannte hat am 22. 2. 1936 nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr in der Weinstube Schmid in Stockach schwerwiegende staatsfeindliche Äußerungen getan. Ich habe die Äußerungen selbst beim Mittagessen in dem genannten Lokal gehört. Die Äußerungen fielen an einem runden Tisch, an dem etwa 6–8 Personen saßen, während ich an einem danebenstehenden kleinen Tisch Platz genommen hatte. Mit Rücksicht darauf, daß ich selbst die Äußerungen bestimmt und in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise gehört habe, habe ich davon abgesehen, die übrigen Personen, die die Schimpfereien mitangehört haben, als Zeugen einvernehmen zu lassen.
Alsbald nach dem Mittagessen habe ich das Lokal verlassen und F [. . .] gemäß § 30 PStrGB. auf die Dauer von 48 Stunden in Haft genommen.
In einer alsbald niedergelegten Notiz habe ich die Äußerungen des F [. . .] wie folgt angegeben: »Der Arbeiter verdient heute viel zu wenig. Er wird ausgebeutet. Die heutigen Arbeitsmethoden sind direkter Mord am Arbeiter. (Der Ausdruck Mord fiel verschiedene Male). Früher hat man immer gegen die schlechte Behandlung des Arbeiters geschimpft und wie ist es nun heute geworden? Es gibt Bevölkerungsschichten, die im Wohlstand schwelgen, während der Arbeiter nur einen kärglichen Lohn erhält. Früher ist man gegen die hohen Gehälter, insbesondere der Beamten vorgegangen und was ist heute? Man hat zwar eine oberste Gehaltsgrenze von 12.000,– RM festgesetzt, in Wirklichkeit aber erhalten die höheren Beamten auch heute wieder viel mehr. Glaubt Ihr, daß ein Minister etwa nur 12.000,– RM erhalte? Ein Justizrat z. B. hat heute doch mindestens 12.000,– RM Gehalt. Und was geben diese Herren für das Winterhilfswerk? Vielleicht 50 Pfg.! Ich bin seit 1931 Mitglied der Partei, also alter Kämpfer und für einen solchen Staat habe ich gekämpft!!
Allerdings bin ich Kämpfer aus Prinzip; ich bin mit Nichts zufrieden und schimpfe immer«.
Diesen Äußerungen trage ich hiermit als weitere Angaben des Genannten noch nach:
»Und zu alledem muß man noch ruhig sein und darf man nichts sagen! Wie lange soll das noch gehen? (Diese Bemerkung fiel mit erhobener Stimme). Als einer der Beteiligten erklärte, die Grafen seien bei Holzverkäufen viel entgegenkommender beim Bezahlen wie der Staat und würden den kleinen Mann bei weitem nicht so drücken wie der Staat: »Ja, das ist richtig. Die Barone und Grafen sind feine Leute, gegen die habe ich nichts; aber die Beamten!!« Weiter: »Ich habe ja Arbeit. Aber die Arbeitslosen müssen mit Beträgen auskommen, die niemals auch nur zur Bestreitung des Notwendigsten ausreichen«. (Dabei gab F [. . .] Beträge an, mit denen Kinderreiche auskommen sollten, aber unmöglich auskommen könnten). Und was hat man früher dem Arbeiter alles versprochen!«
Ich habe F [. . .] vor Einlieferung in das Gefängnis – etwa um 2 Uhr des genannten Tages (22. 2.

36) – mir vorführen lassen, um noch einmal einen persönlichen Eindruck zu gewinnen. Er war wohl angetrunken, aber ich habe doch den festen Eindruck gehabt, daß er bestimmt noch wußte, was er sagte. Befragt, ob er nicht den Unterschied zwischen seinem heutigen und seinem früheren Verdienst einsehe, gab er an, es komme darauf an, ob ich unter »früher« die Zeit vor der nationalen Erhebung, oder vor dem Weltkrieg meine. Weiter frug er, als ich ihm seine Festnahme erklärte, ob man dies denn nicht mit einer Verwarnung abtun könne. Ich habe insbesondere aus diesem Verhalten entnommen, daß sinnlose Betrunkenheit keinesfalls vorlag.
Heute vormittag habe ich k[urzer] H[an]d weitere Erhebungen über die Persönlichkeit des F [. . .] vorgenommen. Zusammenfassend ergibt sich aus den Äußerungen der von mir gehörten Personen, daß es sich um einen ewig unzufriedenen Querulanten und Stänkerer handelt, wie er übrigens selbst am fraglichen 22. 2. 1936 angegeben hat. F [. . .] ist bei der Fa. Fahr in Stockach beschäftigt. Der Obmann des Vertrauensrats dieser Firma hat ihn mir, ohne daß er von dem fraglichen Vorfall Kenntnis hatte, als einen Taugenichts geschildert, der gerne trinkt, ein großes Mundwerk führt, die Arbeiter durcheinander macht und zu allem fähig ist, nur nicht gerne schafft. Er hat weiter erklärt, es wäre ihm sehr angenehm, wenn F [. . .] aus dem Betrieb verschwinden würde, da er ihm, gestützt auf seine Eigenschaft als alter Kämpfer, »mehr verderbe«. Man könne F [. . .] geben was man will, er sei nie zufrieden. Er habe über gar nichts zu klagen, sondern verfüge über ein auskommendes und wesentlich über den Durchschnittssätzen eines Arbeiters stehendes Einkommen und beziehe dazu weiter noch eine Rente von etwa 35,– RM. Der Bürgermeister der Gemeinde Zizenhausen hat sich diesem Urteil angeschlossen und noch weiter erklärt, er habe gehört – sei allerdings erst dabei, die Richtigkeit dieser Angabe zu prüfen –, F [. . .] habe sich auch in einer Wirtschaft geäußert, die deutschen Zeitungen lügen ja derart, daß man doch nichts Wahres erfahren könne. Man müsse deshalb die ausländischen Sender einstellen.
Unter Bezugnahme auf die soeben mit Herrn Regierungsrat gehabte fernmündliche Rücksprache stelle ich ergebenst den Antrag, F [. . .] auf länger als 8 Tage in Schutzhaft zu nehmen und ihn nach Möglichkeit auf die Dauer von etwa 1/4 Jahr nach Kislau zu verbringen. Ich bemerke ausdrücklich, daß der letztgenannte Antrag nicht nur von mir gestellt wird, sondern auch dem bestimmten Wunsch des Kreisleiters entspricht, mit dem ich die Angelegenheit eingehend besprochen habe. Weiter entspricht dieses Vorgehen dem Wunsche des Obmanns des Vertrauensrats und auch des Bürgermeisters der Gemeinde Zizenhausen, letzteres allerdings mit der Einschränkung, daß der Bürgermeister erklärte, er verspreche sich bei der Gesamtpersönlichkeit des F [. . .] von einer Verbringung nach Kislau keine Besserung. Ich bin jedoch der Auffassung, daß bei der letztgenannten Äußerung vielleicht auch die Tatsache mitentscheidend war, daß F [. . .], wenn er nach Kislau verbracht wird, fürsorgerisch der Gemeinde anheim fällt, wobei andererseits wieder zu berücksichtigen ist, daß seine Kinder alle erwachsen sind.
Ich füge noch bei, daß der Inhaber der Weinstube Schmid mir heute erklärte, er habe F [. . .], noch bevor ich zum Essen kam, darauf hingewiesen, daß ich jetzt kommen werde und daß er deshalb das Politisieren bleiben lassen solle.

Dok. 36

NSDAP Gau Baden — Stockach, den 24. 2. 1936
Kreisleitung Stockach
der Kreisleiter
An das Bezirksamt Stockach
Betr. *Dekan Otto Kern, Stockach*

Nach Durchsicht der Akten komme ich zu der Überzeugung, daß es zweckmäßiger ist, dem Dekan einen scharfen Verweis zu geben, nicht aber einen Ortsverweis, denn dadurch würde gerade das Gegenteil eintreten und wir würden wieder weiter einen Märtyrer schaffen. Wenn Kern vom Ministerium einen dementsprechenden Verweis erhält, der ihn über die Zukunft nicht im Unklaren läßt, so glaube ich, daß damit uns besser gedient ist.
Heil Hitler!
Kreisleiter

[Pfarrer Kern hatte in Stockach gepredigt: »Mögen die Zeiten kommen, wie sie wollen! Mögen sie ihre Zuchthäuser und Gefängnisse mit unseren Ordensschwestern und Ordensleuten füllen, deshalb ist unser Dogma doch der richtige Glauben! Eines mögen sie sich überlegen: Hochmut kommt vor dem Fall! Wir wissen, daß die kath. Kirche in Deutschland gegenwärtig eine schwere Zeit durchzumachen hat und wir wissen, daß sie in Zukunft noch schwerere Zeiten wird durchmachen müssen. Um so treuer aber müssen wir zu ihr stehen und keine Macht der Welt kann uns daran hindern. Daß diese ernste Zeit von der kath. Bevölkerung erkannt wird, beweist die sich immer steigernde Besucherzahl in den kath. Gotteshäusern«.
Zitiert nach Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamtes in Karlsruhe, für die Zeit vom 1.–31. Dezember 1935, abgedruckt in J. Schadt (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, Stuttgart 1976, S. 173. M. B.]

Dok. 37
Landeskriminalpolizeistelle
Geheime Staatspolizei Konstanz, den 12. Mai 1936
Anzeige gegen H [. . .], M [. . .], ledige Haustochter, geb. am 26. 1. 1911 in Gallmannsweil, dort wohnhaft, wegen Vergehens gegen § 2 des Heimtückegesetzes vom 20. 12. 1934 (R.G.Bl.I 1934, S. 1269)
Tatort: Gallmannsweil, Amt Stockach
I. Etwa Ende März 1936, an einem nicht mehr näher feststellbaren Tage, hat die obengenannte den nachgenannten Zeugen gegenüber im Gemeindewald bei Gallmannsweil öffentlich folgende gehässige, hetzerische und von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über den Führer getan, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben:
»Hitler spricht immer vom Kinderaufziehen, er selbst zieht aber keine auf. Er soll doch einmal ein Dutzend Kinder in die Welt hineinsetzen. Der Führer ist ein fauler, liederlicher »Siech« – der Ausdruck »Siech« ist ortsüblicher Schimpfnahme [!] – er läßt nur andere für sich schaffen«.
[. . .]

Dok. 38
Gendarmeriebezirk Stockach
Station Stockach Ludwigshafen, den 25. Juli 1936
Anzeige gegen W [. . .] M [. . .], Kunstmaler von Ludwigshafen a. See wegen übler Nachrede, Beleidigung und Vergehen gegen § 1 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe gegen Partei und Staat vom 20. 12. 1934 und § 185, 186 bzw. 164 R. Str. G. B.
I. W [. . .] M [. . .], Kunstmaler in Ludwigshafen am See, hat bis zum 21. Juli 1936, anderen Personen gegenüber folgende Behauptungen tatsächlichster [!] Art aufgestellt:
a.) Der Ortsverwalter der NSV M [. . .] K [. . .] in Ludwigshafen am See habe bei Einzug der Beiträge für die NSV bis vor kurzem keine Quittungen ausgestellt. Wo das Geld hinkomme, könne man unter diesen Umständen nicht wissen. K [. . .] könne man ja auch nicht trauen.
b.) K [. . .] ist derart unbeliebt, daß nächstens einige Leute sich zusammentun und ihn verprügeln.
c.) Bürgermeister E [. . .] J [. . .] kann gut bauen, er bekommt als Bürgermeister 500,– RM Gehalt, ich weiß das aus autentischer [!] Quelle.
d.) J [. . .] hat ja als Bürgermeister nichts zu sagen. K [. . .] ist ja der eigentliche Bürgermeister (auch Vize-Bürgermeister) und macht was K [. . .] will. K [. . .] mischt sich ja in alle örtlichen Verhältnisse hinein.
e.) Beschwerden über die Verhältnisse haben ja doch keinen Wert. Selbst wenn man an Stellvertreter Hess schreibt kommen die Beschwerden wieder an die Kreisleitung zurück und wandern in den Papierkorb.
f.) Wie man bei uns in Deutschland die Juden behandelt, das ist schon keine Art mehr. Aus die-

sem Grunde gehen ja auch alle unsere Geschäfte im Ausland kaput [!].
g.) A [. . .] L [. . .], Köchin bei Pfarrer Spitznagel in Ludwigshafen hat andern Personen gegenüber geäußert:
»Der Ortsgruppenleiter S [. . .] ist einer der ersten, der in den Ortsgruppenversammlungen Beifall klatscht und Bravo ruft, wenn etwas über Pfarrer oder Religion geredet wird. Ihm solle man keine Arbeit mehr geben. Im Pfarrhaus wird er keine Arbeit mehr machen und er wird dort keinen Nagel mehr einzuschlagen haben.
Die Beschuldigungen sind geeignet, J [. . .] als Bürgermeister in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen und sie [!] des Vertrauens unwürdig erscheinen lassen, dessen er als Bürgermeister in der Gemeinde für sein öffentliches Wirken bedarf.
K [. . .] als Ortswalter der NSV. hätte zu gewärtigen, daß ein Disziplinar- und parteiamtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet wird, falls diese Beschuldigungen der Parteidienststelle gemeldet werden. Die Beschuldigungen waren fernerhin geeignet ihn des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er für sein Wirken für Partei und Staat bedarf.
Die unter e) gemachten Äußerungen sind geeignet, das Ansehen der Reichsregierung zu schädigen und ihre Maßnahmen verächtlich zu machen.
[M. wurde vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht Konstanz zu 500,– RM Strafe, i. U. 50 Tage Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. M. B.]

Dok. 39
Geheime Staatspolizei Konstanz
Zweigstelle Heuberg – Stetten a.k.M.
Nr. 780
Schutzhaft
Eingeliefert in das Bezirksgefängnis Stockach am 14. 11. 36 um 12.30 Uhr
Stetten a.k.M., den 14. November 1936
Anzeige gegen A [. . .] K [. . .] led[iger] Arbeiter und Landwirt aus Honstetten, Bez.-Amt Stockach wegen kommunistischer Betätigung, Vergehen nach §§ 1 u. 4 d. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. II. 1933 in Verbindung mit der Anordnung über Auflösung der KPD u. SPD vom 23. 6. 1933, Bad. Staatsanzeiger v. 23. 6.33 Nr. 143 und § 2, Abs. I des Heimtückeges. v. 20. 12. 34.
Tatort: Honstetten Amt Stockach
I. Am Freitag, den 6. November 1936, zwischen 21.00 und 23.00 Uhr, hat sich der Obengenannte in der Wirtschaft »Rössler« in Honstetten dadurch für die Ziele der verbotenen KPD. betätigt, indem er vor den aufgeführten Zeugen folgende Äußerungen machte:
»Die Nationalisten siegen in Spanien nicht, sondern die Roten. Es wäre gut, wenn es in Deutschland auch so gekommen wäre, wie in Spanien. Die Zeitungen schreiben heute, daß die Nationalisten nur noch so und so viele km vor Madrid seien und morgen schreiben sie, daß sie so und so viele km gegen Madrid vormarschiert seien, diesen Berichten nach müßten die Nationalisten schon lange in Madrid sein. Das ist ein Beweis, daß die Zeitungen lügen. Es ist doch so, wie ich gesagt habe, die Roten werden doch siegen«.
Die Äußerungen des K [. . .] sind geeignet, die kommunistische illegale Betätigung zu fördern und zeugen von einer niedrigen Gesinnung des Beschuldigten.
Die Anzeige über die Äußerung des Beschuldigten wurde vom Stützpunktleiter G [. . .] aus Honstetten an die Kreisleitung Stockach gemacht, welche wiederum die Meldung an die Geheime Staatspolizei – Zweigstelle – Stetten a.k.M. weitergab. G [. . .] selbst war nicht Zeuge der Äußerungen des K [. . .], sondern hat nur angeben können, wer die Äußerungen in der Wirtschaft Rössler in Honstetten gehört hatte«.
[. . .]
Die Durchsuchung der Wohnung des K [. . .] hat in politischer Hinsicht nachteiliges nicht erbracht.

Auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle – Karlsruhe, Herrn Regierungsrat Berckmüller, wurde K [. . .] am 14. 11. 1936 in Schutzhaft genommen. Da K [. . .] heute noch als Anhänger der verbotenen KPD gilt, ist die Verhängung einer Schutzhaft von längerer Dauer gerechtfertigt. [. . .]
Unterschrift: G [. . .], Assistent.
[Gegen K. wurde Anklage vor dem Sondergericht erhoben. Das Urteil konnte nicht eruiert werden. M. B.]

Dok. 40
Gendarmeriebezirk Meßkirch
Station Stetten a.k.M.
Tagb. Nr. 852 Stetten a.k.M., den 28. Dezember 1936
Festnahme des J [. . .] G [. . .] aus Schwenningen, Amt Stockach wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz vom 20. 12. 34.
Tatort: Schwenningen, Amt Stockach
Am Sonntag, den 27. Dezember 1936, in der Zeit zwischen 20 bis 23 Uhr, hat der Landwirt J [. . .] G [. . .] aus Schwenningen in der Wirtschaft »Zum Hasen« in Schwenningen vor etwa 25 Gästen die Gemeindeverwaltung in Schwenningen, insbesondere den Bürgermeister B [. . .] und den Stützpunktleiter S [. . .] in gemeiner Weise öffentlich beleidigt, indem er ihnen vorwarf, daß die ganze Verwaltung liederlich gehandhabt werde und man erst im Gefängnis gewesen sein müßte, wenn man in der Gemeindeverwaltung einen Posten im neuen Staat haben wolle. Ferner hat G [. . .] gleichzeitig den Ausdruck gebraucht, daß man in Deutschland das Maul halten müsse, man dürfe nichts sagen, es sei in Deutschland genau wie in Rußland.
[Aufgrund einer Anzeige der beiden Betroffenen Funktionäre wurde G. auf dem Wege der Amtshilfe im Bezirk Stockach festgenommen und in den Stettener Ortsarrest verbracht. Nach seiner Vorführung im Bezirksamt Stockach wurde G. zu zehn Tagen Haft verurteilt. M. B.]

Dok. 41
NSDAP Kreisleitung Stockach
Protokoll
Am Abend des 1. Januar 1937 saßen mehrere Einwohner von Krombach in der Wirtschaft Krone in Krombach, unter ihnen auch der Landwirt und Schmiedmeister E [. . .] R [. . .]. Sie unterhielten sich über den am gleichen Tage vorgelesenen Hirtenbrief, ferner über die Verhältnisse in Spanien. Etwa um ein halb 9 Uhr des genannten Abends kam der Bürgermeister von Krombach, Pg. M [. . .], und setzte sich neben den erwähnten R [. . .]. Die Gespräche über Spanien wurden fortgesetzt, nebenbei wurden Vergleiche zum heutigen Deutschland gezogen. Der Bürgermeister M [. . .] sagte im Verlaufe der Unterhaltung zu den Anwesenden: »Wer ist denn schuld gewesen daß wir in Deutschland früher so viel arme Leute hatten, doch niemand anderst [!] als die früheren Regierungen«. Darauf antwortete der genannte R [. . .]: »Und die heutige (damit meinte er die Regierung) ist die vielleicht anderst? [!] Heute ist es noch viel schlimmer und minder«. Bürgermeister M [. . .] sprang daraufhin auf, machte R [. . .] auf die Folgen seiner Aussagen in erregter Form aufmerksam und verließ das Lokal. Die übrigen Anwesenden schlossen [!] sich der Meinung des Bürgermeisters an und verurteilten das Gesagte von R [. . .] [. . .]
Krumbach, den 2. Januar 1937
Der Kreisleiter
gez. [Unterschrift]
[E. R. wurde zu zehn Tagen Haft verurteilt. M. B.]

Dok. 42
Gend.-Bezirk Stockach
Gend.-Station Ludwigshafen Ludwigshafen/See, den 19. 3. 37
An das Bezirksamt Stockach
»Das Verhalten des kath[olischen] Pfarrers Alfred Spitznagel und seiner Haushälterin A [. . .] L [. . .] beide in Ludwigshafen a/See betr«.
In der Gemeinde Ludwigshafen a/See, wurde die Betreuung der Kranken und die der Kleinkinder zum 1. 4. 36 von zwei Ordensschwestern des Klosters Hegne ausgeübt. Die Kosten für die Lebenshaltung und Unterkommen dieser beiden Klosterschwestern, wurde teils aus der Gemeindekasse, teils von dem Rotkreuzfrauenverein bestritten. Mit dem 1. 4. 36 wurde den Ordensschwestern von der Gemeindeverwaltung Ludwigshafen und dem Roten-Kreuz-Frauenverein hier gekündigt und an ihrer Stelle für die Betreuung der Kleinkinder eine N.S. Kindergärtnerin und für die Pflege der Kranken, eine Schwester vom Roten Kreuz hier bestellt.
Aus Machtpolitischen [!] Gründen wurden die nunmehr überflüssig gewordenen Schwestern hier nicht abberufen sondern, auf Betreiben des Pfarrers Spitznagel und seiner Haushälterin A [. . .] L [. . .] hier, wurde im Einvernehmen mit dem Kloster Hegne, das Verbleiben der Ordensschwestern in Ludwigshafen betrieben.
Die Unterhaltung dieser beiden Schwestern wurden [!] nunmehr von dem Kloster Hegne selbst bestritten.
Insgeheim wurde nun von der Haushälterin A [. . .] L [. . .] und einiger ihrer getreuen Gesinnungsgenossinnen, eine eifrige Agitation betrieben, mit dem Ziel, alle Kranken nur von Ordensschwestern betreuen zu lassen und dadurch die N.S. Krankenschwester kaltzustellen. Dieses Unternehmen ist bis heute auch restlos gelungen.
Die Rotekreuzkrankenschwester wird bis zum 1. 4. 37 abgelöst und an ihrer Stelle wird eine N. S. Krankenschwester von der N. S. Volkswohlfahrt nach hier bestellt.
In Kenntnis dieses, wird von Pfarrer Spitznagel und seiner Haushälterin A [. . .] L [. . .], seit einigen Wochen in Ludwigshafen eine intensive Werbeaktion von Haus zu Haus unter der Bevölkerung, zum Eintritt in den Caritasverein Ludwigshafen betrieben, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß von den Beitragsgeldern à 20 Pf. pro Monat, die Unterhaltungskosten für die Ordensschwestern in Ludwigshafen bestritten werden sollen.
[. . .]
Bereits sind eine Anzahl Personen aus dem Unterstützungsverein ausgetreten, der bisher die N.S. Schwester unterstützt hat und sind in den Caritas-Verein übergetreten. Bis jetzt wurden eine ganze Anzahl, in der Hauptsache solche Personen als Mitglieder des Caritas-Verein geworden, die der N.S.D.A.P. und ihren Bestrebungen abwartend, wenn nicht ablehnend gegenüberstehen. Der größte Teil der neugeworbenen Mitglieder besteht aus solchen Personen, die der N.S.D.A.P. und ihren Bestrebungen gleichgültig und uninteressiert gegenüberstehen. Es besteht nun der Verdacht, daß durch die Neuwerbung, den abwartenden, ablehnenden, uninteressierten und gleichgültigen Personen ein organisatorischer Zusammenhalt gegeben werden soll, mit dem Ziele, die Bestrebungen der N.S. Volkswohlfahrt, in Ludwigshafen den N.S. Schwestern ein Betätigungsfeld im nationalsozialistischen Sinne zu schaffen, zu unterbinden. Durch die persönlichen Besuche des Pfarrers Spitznagel und seiner Haushälterin L [. . .], wird unter Mißbrauch des geistlichen Ansehens des Erstgenannten, auf die Bevölkerungskreise ein gewisser Zwang ausgeübt, die [!] sie veranlassen in den Caritasverein beizutreten und die dadurch die Bestrebungen der N.S.D.A.P. hier unmöglich machen.
Unterschrift, Oberw[acht]m[eister]

Dok. 43
Geheime Staatspolizei Konstanz
Zweigstelle Heuberg – Stetten a.k.M. Stetten a.k.M., den 24. April 1937
Anzeige gegen Alois Brutscher, kath. Pfarrer aus Überlingen a. Ried, wohnhaft in Hoppetenzell/Amt Stockach, wegen Vergehens nach G. 130 a. R. St. G. B.
Tatort: Hoppetenzell
I. An die Staatspolizeileitstelle – II./F – *Karlsruhe.*
I. Am Sonntag, den 4. April 1937 hat der Caritasgeistliche Pfarrer Brutscher von der Kanzel als Einleitung zu seiner Predigt folgende Ausführungen gemacht:
»Ich muß ernste Worte an Euch kath. Eltern richten. Die kath. Kirche hat eine Reihe von Kindererholungsheimen, in denen alljährlich tausende von Kindern Erholung finden und von kath. Schwestern betreut werden. Diese Erholungsheime will man uns wegnehmen und die kath. Schwestern vertreiben. Von Amtswegen [!] sind folgende Forderungen an diese Anstalten gestellt worden:
1. Jede seelsorgerische Tätigkeit der beiden Konfessionen innerhalb der Heime hat zu unterbleiben.
2. Kein Geistlicher darf das Heim betreten.
3. Kein Gebet wird zugelassen. Der religiöse Schmuck (Kreuz, Bilder), der an bekenntnismäßige Bindung der Kinder erinnert, ist zu entfernen, die Kinder sollen nur am Sonntag den Gottesdienst besuchen dürfen, nur hierfür soll der Wunsch und nicht die Pflicht des Kindes entscheidend sein. In den Heimen dürfen in der gesamten erzieherischen und pflegerischen Tätigkeit keine Ordensleute mehr erscheinen.
Demnach dürfen also keine Schwestern mehr in diesen Heimen tätig sein. Wenn das so durchgeführt wird, so bedeutet das das Ende der kath. Erholungsheime.
Im Verlaufe der Predigt richtete der Pfarrer an die Eltern einen warmen Appell und führte folgendes aus:
»Ihr Mütter, ihr seit [!] die Seelsorgerinnen Eurer Kinder. Unterrichtet Eure Kinder im Kath. Glauben, wenn der Geistliche keinen Religionsunterricht mehr geben darf«.

Dok. 44
Gendarmerie-Bezirk Stockach
Gend.-Station: Steißlingen
J. Nr. 882 Steißlingen, den 23. November 1937
Anzeige
gegen A [. . .] M [. . .] Ehefrau E [. . .] geborene M [. . .] in Wiechs [. . .] wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei vom 20. 12. 1934 (R. Ges. Bl. I 1934, S. 1269) § 2 Ziff. 2.
I. Wie aus dem vorseits beigeführten Schreiben der Frauenschaftsleiterin F [. . .] H [. . .] in Steißlingen vom 9. 11. 37 an die Kreisleitung der N.S. Frauenschaft *Stockach* und aus der Vernehmung der beiden Zeugen, der Ehefrau R [. . .] R [. . .] und der Ehefrau H [. . .] H [. . .] von Steißlingen hervorgeht, hat die im Betreff Genannte am Montag, den 9. 11. 1937, in ihrer Wohnung [. . .] in Gegenwart der beiden Zeugen, die zur Werbung von Mitgliedern zur N.S. Frauenschaft bei der Genannten vorgesprochen haben folgende böswillige Äußerungen getan:
»Ich gehe niemals in die Frauenschaft und wenn man mich mit Roß und Wagen abholen würde. Seit Hitler am Ruder ist, haben wir noch keine Besserung erfahren, im Gegenteil, es ist viel schlimmer wie früher.
Bevor Hitler die Macht übernommen hat, hat es der Bauer bedeutend besser gehabt, man soll nur noch einige Jahre warten, dann werden wir sehen, was kommt.
Jene Zeit vorher sei halt doch besser gewesen, denn jetzt werden einem die Preise immer vorgeschrieben und die seien alle zu niedrig. Getreide, Obst und Kartoffeln, alles müsse man so billig hergeben«. [. . .]

[Es kam zu einer gütlichen Einigung, wonach die Beschuldigte einen Betrag von 25,– RM an die NSV spendete. M. B.]

Dok. 45
NSDAP Unter-Schwandorf, den 7. 3. 1938
Kreis Stockach/Gau Baden
Stützpunkt Schwandorf
An die Kreisleitung der NSDAP Stockach
Am 13. 2. 1938 war in Schwandorf eine öffendliche (!) Versammlung der *NSDAP*. Bei der P[artei]g[enosse] F [. . .] Kreisbauernführer von Pfullendorf gesprochen hatte. Er verstand es mustergültig die Anwesenden, etwa 200 an der Zahl zu fassen und mit seinem 2-stündigen Vortrag sie in allen Vorkommnissen zu belehren. Unter den Zuhörer [!] war auch unser Molkereivorstand V[olks]g[enosse] E [. . .] H [. . .]. Er ist in der ganzen Gemeinde als Stänkerer bekannt. Auch ist es eine Seltenheit, wenn er in eine Versammlung geht. Nach der betr. Versammlung ging er in ein anderes Lokahl [!] und wußte nichts anderes zu tuhn [!], als über P[artei]g[enosse] F [. . .] loszulegen was Zeug [!] hielt. Er bralte [!] unter anderm aus: Der Redner P[artei]g[enosse] F [. . .] ist kein Bauernführer, sondern ein Bauernverführer, dieser hat die Leute gut anlügen. Den Bauern ist überhaupt noch nicht geholfen worden, dieser [!] hätte man zum Ort hinausschlagen sollen. Es ist eben traurig, daß keine Diskussion erteilt wird, er hätte Ihm [!] einmal Bescheid gesagt. Die Leute werden auch bald zur Einsicht kommen, was das für ein Reichsnährstand ist. Und unter anderm mehr [!]
Es ist nun meine Pflicht, diesen Mann zur Meldung zu bringen. Als Zeugen sind vorhanden, P[artei]g[enosse] J [. . .], J [. . .], V[olks]g[enosse] F [. . .] S [. . .], H [. . .] wurde endschuldet [!] und bekam eine schöne Summe Sondergredit [!], um seinen vernachläßigten Hof in Ortnung [!] zu bringen. Auch sollte er als Molkereivorstand endlassen [!] werden, da er bei jedem Milchgeld auszahlen [!], zu nörgeln und zu stänkern hat. Ich bitte die Kreisleitung hier ganz gewaltig einzugreifen, daß dieser Mann entlich [!] ruhig ist.
Heil Hitler!
Stützpunktleiter

Dok. 46
Anonymer Brief an den Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen »Bodensee-Rundschau«, Konstanz. Abschrift
Herrn Bledow, Hauptschriftleiter in Konstanz.
Das ganze deutsche Volk steht einmütig auf dem Standpunkt, daß wegen der Danziger- und Korridorfrage ein Krieg zu entfachen nicht notwendig war. Die paar Parteibonzen die einen Krieg befürworten, spielen einen nur verschwindend kleinen %-Satz. Wenn diese aber dennoch einen Krieg haben wollten, so mögen diese ihre eigenen Köpfe hinhalten, anstatt hinter der Front große Töne zu reden. Die Erfahrungen aus 1914/18 werden hier aber bald aufräumen und das große Maul einiger Weniger bald stillen. Die Rede Hitlers zu der Begründung seiner Kriegshandlungen in Polen fordert gar manche Kritik heraus. Übrigens haben Sie in Ihrem Blatt einige markante Sätze weggelassen die der »Bürger« sich aber trotzdem merken wird. Der Nationalsozialismus ist glücklich, sich mit dem alles vernichtenden Bolschewismus nun vereinigt zu haben. Ich will hoffen, daß diese Heirat durch des Volkes Machtspruch wieder gelöst wird. Der Nationalsozialismus war am Ende, dieser Schritt schien ihm der letzte Rettungsanker zu sein. Wieviele gute deutsche wurden in den letzten Jahren deshalb gequält und unsinnig bestraft, ja oft genug in Konzentrationslager- sprich nat. Folteranstalt- verbracht, nur weil sie von einer Verwandtschaft des Nationalsozialismus zum Bolschewismus sprachen. Und heute ist ob dieser folgerichtigen Auffassung und Ansicht, die zur Wirklichkeit geworden ist, Herr Hitler überaus glücklich, eine solche glänzende Partie gemacht zu haben. Er hat eine Partnerin geheiratet, die er bis vor wenigen Wochen noch bis aufs Messer bekämpfte und aus dieser Ein-

stellung heraus auch sein Parteiprogramm aufgebaut hat, was der Grund war, warum er eine Riesenzahl von Anhänger gefunden hat. Ob dieser Mann heute auch weiß, daß er sich mit diesem Schritt zur Auffassung der Mehrzahl des deutschen Volkes in Gegensatz gebracht hat? Im »Wortbruch« ist Hitler ja von niemand zu übertreffen. Wie sieht nur die Verwirklichung der 25 Parteiprogrammpunkte aus? Wie die Ausführung des Erlaßes vom 30. 6. 1934? usw. Wir haben uns dieses alles aber wohl gemerkt und nicht vergessen. Herr Hitler hat weiter versprochen, bei jeder wichtigen Entscheidung das Volk zu befragen. Wann kommt nun die Befragung wegen des Russenpackts und wegen der Kriegserklärung an Polen, denn die Kriegserklärung Englands, Frankreichs, anderer Staaten werden noch folgen, ich möchte aber hoffen, daß eine Kontrolle der Abstimmenden, sowie es das letztemal der Fall war, unterbleibt. Das war eine Abstimmung, die genau so vor sich ging, wie sie die Abstimmungen in Rußland vor der Verbrüderung schilderten. Ja glauben sie ernstlich, das Volk denke bei all diesen Gewaltmaßnahmen nicht weiter? Begeben sie sich jetzt einmal in jene Ortschaften, die gegenwärtig geräumt werden und rufen möglichst laut »Heil Hitler!« Machen Sie aber zuvor Ihr Testament. Kam da dieser Tage eine brauner Spitzel in eine Wirtschaft in der sich eine Anzahl eben eingekleideter ehemaliger Frontkämpfer befanden. Willst Du nicht augenblicklich das Lokal wieder verlassen? Jetzt ihr Braunen, stellt den Mann draußen an der Front! Man muß anscheinend »Oben« doch wissen, daß die Kriegsbegeisterung im dritten Reich doch nicht so flammend ist, sonst hätte Herr Hitler nicht sich zu der Redewendung veranlaßt gesehen: Keiner melde mir, daß in seinem Gau, in seinem Kreis oder in seiner Gruppe oder in seiner Zelle die Stimmung einmal schlecht sein könnte. Träger, verantwortlicher der Stimmung sind Sie! Was soll das Letztere nun heißen! Nun hat aber die Regierung Hitlers es allein in der Hand, die Handlungen und Entschließungen so zu treffen, daß eine »schlechte Stimmung« nicht aufzukommen braucht. Das hat diese Regierung grob und fahrlässig mißachtet und die Stimmung im Volk ist tatsächlich »allgemein nur schlecht!« Der Ruf »Friede um jeden Preis« wird gar bald in Chören erschallen! Und aus, aus ist es dann auch mit nat. Regim!!! Das merke man sich an den maßgebenden Stellen.

Nun zu Ihrem Artikel keine Ausländersender hören! Ein solches Verbot kann man wohl den Schulkindern sagen, aber noch nicht einmal allen! Jeder Erwachsene wird heute wissen, was er zu tun hat, nach dem die Verlogenheit und Doppelzüngigkeit des deutschen Rundfunks und der Parteipresse zur Genüge ja bekannt ist. Merken Sie sich, die Rundfunkgeräte sind privates Eigentum und jede Art Beschränkung widerspricht dem Völkerrecht und die Wegnahme wäre gemeiner Diebstahl. Aber Rechtsbrüche sind genau so an der Tagesordnung im dritten Reich, wie die Wortbrüche. Ja ja, wir merken es an allen Ecken und Enden: Es ist wieder schöner geworden im dritten Reich. Wie wird es erst im vierten Reich sein?

Deutschland erwache!

[Dieser anonyme Brief wurde von dem Kaufmann H. aus Gutenstein bei Meßkirch an den Hauptschriftleiter der »Bodensee-Rundschau« in Konstanz abgeschickt. H., der bereits zuvor durch regimekritische Äußerungen auf sich aufmerksam gemacht und unter anderem geäußert hatte, über die nationalsozialistische Politik ein Buch zu schreiben, wurde überführt und im April 1940 vor dem Mannheimer Sondergericht zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. M. B.]